

Comrade

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1.971.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 960.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 8-11 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschiff
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 2.

Berlin, den 27. Januar 1907.

11. Jahrg

Auf zur Reichstagsstichwahl!

Kollegen! Die Hauptschlacht ist geschlagen, aber noch ist der Kampf an vielen Orten nicht entschieden. Bei den Stichwahlen bilden unsere Gegner eine einheitliche, geschlossene, reaktionäre Masse, die nur besiegt werden kann, wenn die Arbeiter den letzten Indifferenten und Unaufgeklärten an die Urne bringen.

Kollegen! Nur eine ganz kurze Spanne Zeit ist noch zur Agitation übrig. Nutzt sie nach besten Kräften aus. Tag und Nacht hat alles, was agitieren kann, auf dem Posten zu sein.

**Mit ganzer Wucht in den Kampf für die Kandidaten der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie.
Partei Arbeit lohnt dann schöner Sieg!**

Nieder mit den Volksfeinden!

Eine Gewerkschaftsvorlage im englischen Hause der Lords.

Ein Vergleich mit der verabschiedeten Zuckersüßholzvorlage in Deutschland.

Am 4. Dezember wurde die Gewerkschaftsvorlage in zweiter Lesung vom Oberhause angenommen. Formell ist zwar noch ein ziemlich weiter Weg bis zur endgültigen Annahme, aber die Neben, die bei ihrer zweiten Lesung gehalten wurden, lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß die Vorlage auf keine ernstlichen Schwierigkeiten im Oberhause stoßen wird. Das ist auch die Ansicht so durch und durch konservativer Mäler wie „Standard“ und „Globe“.

Bei der Wichtigkeit, die diese Vorlage nunmehr auch für die deutschen Arbeiter hat, dürfte es wohl angezeigt sein, die wichtigsten Neben, die zu dieser Frage im Oberhause gehalten wurden, zusammenzufassen.

Eröffnet ward die Debatte durch den Lordkanzler als den Präsidenten des Oberhauses und eigentlichen Vorsitzenden des Hauses. Dieser Vertreter der Regierung lenkte in einer längeren, sich durch außerordentliche Klarheit auszeichnenden Rede die Aufmerksamkeit der Lords auf den Inhalt der Vorlage im allgemeinen und auf den vierten Abschnitt, der den Taff-Bale-Einschreibes bezieht, im besonderen. Er führte aus: Die Bill, wie sie jetzt vorliegt, unterscheidet sich nennenswert im vierten Abschnitt von der Bill, die die Regierung einbrachte. Die Regierung wollte die kollektive Haftbarkeit im Prinzip aufrecht erhalten, aber sie in der Praxis auf gewisse Fälle beschränken. Gleichzeitig lag aber dem Unterhause eine von den Arbeitervertretern eingebrachte Bill vor, die die kollektive Haftbarkeit ganz beseitigte. Die Regierung stellte es dem Unterhause anheim, sich für eine dieser beiden Vorlagen zu entscheiden. Das Unterhaus entschied sich für die Vorlage der Arbeitervertreter, worauf die Regierung sie zu der ihrigen machte. Der Inhalt dieser Vorlage stimmt mit dem der Trade Disputes Bill aus dem Jahre 1903 wesentlich überein. Ich war damals noch im Unterhause und unterstützte sie, aber das Haus lehnte sie mit einer Mehrheit von 30 Stimmen ab. Sie wurde im Jahre 1904 wieder eingebracht und mit einer Majorität von 29 Stimmen angenommen. Im Jahre 1905 rief die Vorlage im Unterhause wieder eine längere Diskussion hervor, welche die Mitglieder dieser in das Wesen der unparteilichen Grundzüge eindringen ließ und zur Annahme der Bill mit einer Mehrheit von 122 Stimmen führte. Im Jahre 1906 liegt die Mehrheit auf 350 Stimmen. Das merkwürdige ist, daß auch die im Unterhause stehenden Unternehmer keine Schwierigkeiten machten. Und als die dritte Lesung vorgenommen werden sollte, erhob sich der Führer der Konservativen, Mr. Balfour, und empfahl seiner Fraktion, die Vorlage passieren zu lassen! — „Es ist weiter geht“, führte der Lordkanzler weiter aus, „muß ich noch der königlichen Kommission gedenken, die von der letzten (konservativen) Regierung eingesetzt worden war. Sie bestand aus fünf Mitgliedern. Eins derselben war Vertreter der Unternehmer; dagegen lehnte es die letzte Regierung ab, einen Arbeitervertreter in die Kommission zu berufen. — Daraufhin sagten die Arbeiter: „Dies ist keine unparteiliche und richtig (sagt) zusammengelegte Kommission. Es ist eine Kommission, in der

unsere Gegner wohl vertreten sind, aber wir sind darin nicht vertreten.“ — Sie lehnten es deshalb ab, irgend welche Aussagen vor der Kommission zu machen und ihr in ihren Untersuchungen beizustehen. Nichtsdestoweniger kam die Kommission zu Schluß, die mit drei von den vier Paragraphen der Bill übereinstimmen.“

Ich komme nun zum vierten Abschnitt (kollektive Haftbarkeit oder Rechtsfähigkeit der Gewerkschaft). Ein flüchtiger Mann sagte: man kann von einem Dinge nichts verstehen, so lange man nicht weiß, wie es emporgekommen ist. Das gilt auch von unserem Gegenstande. Trade-Unions gibt es in England seit 200 Jahren. Bis zum Jahre 1871 waren die verschiedenen Regulierungen und Gesetze grausam gegen alle Arbeiter-Organisationen. Eine Person konnte wegen Zugehörigkeit zu einer Trade-Union unter Anklage gestellt werden. Strafen waren unangenehme Handlungen. Man konnte eine Trade-Union strafen lassen. Sie war rechtlos. Aber einen Vorteil hatte sie: Man konnte sie nicht vor Gericht bringen. Es liegt bis auf die letzten Jahre kein Fall vor, wo eine Trade-Union verurteilt worden wäre. Neben mir sitzt Lord Esher, der als Mitglied der konservativen Regierung in den Jahren 1875 und 1876 hervorragenden Anteil am Aufstandkommen des Trade-Unionsrechts genommen hat, wofür ihm die Gewerkschaftsführer öffentlich gedankt haben. Wenn er mir in meinen Ausführungen widersprechen sollte, so würde ich wissen, daß ich im Unrecht bin. Auch jene Gesetze wußten nichts von einer kollektiven Verantwortlichkeit oder Rechtsfähigkeit der Trade-Unions. Dagegen ist einer der Urheber des Trade-Unionsrechts; er kannte die Arbeiterfrage wie nur wenige unter uns; er war von der Notwendigkeit eines freigestellten Arbeiterrechts tief überzeugt. Und unter diesem Rechte bauten sich unsere Trade-Unions auf, bis im Jahre 1901 der Schlag des Taff-Bale-Einschreibes kam, der die in schwerer Arbeit zusammengepackten Gewerkschaften gefährdete. Diesen Schlag wollten wir packieren und das Gesetz so fassen, wie es nach allgemeiner Ansicht bis zum Jahre 1901 gegolten hatte.“

Der Lordkanzler ging sodann auf die übrigen Paragraphen ein: Bildung (Einschreibes) und Verschönerung. Er zeigte die Notwendigkeit des Widertretens, sowie den Unfug der Anklagen wegen Verschönerung und empfahl zum Schluß die zweite Lesung.

Im entgegengesetzten Lord Lansdowne, der Führer der Konservativen im Oberhause. Er machte sich zuerst über die liberale Regierung lustig, die ihre eigene Bill aufgab, um die Bill der Arbeitervertreter, die in einem wichtigen Punkte von jener abwich, zu unterstützen. Die Rassen der Gewerkschaften seien gewiß des gesellschaftlichen Schutzes wert, aber nur insoweit sie vollständigen Unterstützungsworten — wie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit usw. — dienen. Jedoch derjenige Teil des Fonds, der zu Strafzwecken verwendet werde, müßte nach Recht und Billigkeit eventuell für Schäden herangezogen werden können. Allerdings sei nicht zu vergessen, daß das Land sich zu Gunsten der Gewerkschaftsvorlage ausgesprochen habe. Die letzten Hauptbasen seien ja vornehmlich auf Grund dieser Bill ausgesprochen worden, und die Mehrheit entschied sich für sie. Unter solchen Umständen müßte das Haus der Lords vorzüglich sein. Der Kampfplatz würde für uns ungünstig sein. Auch wenn die Lords einen Sieg erringen könnten, wäre dieser Sieg schließlich nutzlos. Wir sind davon überzeugt,

daß diese Bill den Arbeitern nicht Rechte, sondern Vorrechte gewährt, die dem Gemeinwesen gefährlich werden können. Dennoch liegen die Dinge so, daß dieses Haus der Bill nicht in den Weg treten kann. Und wenn wir das Gesetz auch passieren lassen, so lehnen wir gleichzeitig jede Verantwortlichkeit dafür ab, und wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß der gesunde Sinn der Unternehmer und der Arbeiter uns vor den Gefahren schützen möge, die aus dem Gesetz entspringen können, welches die Regierung jetzt durchbringen will.“

Das sind merkwürdige Worte. Sie besagen, daß die britischen Lords nicht imstande sind, sich dem Willen der Arbeiter zu widersetzen. Der Wille des Volkes ist höchstes Gesetz. Aber dieser Wille muß sich klar ausprechen, wie er sich politisch in den letzten Hauptbasen ausgesprochen hat. Das ist der Sinn der Rede Lansdownes, eines der erfolgreichsten Diplomaten unserer Zeit.

Nach ihm sprachen mehrere Lords gegen die Bill. Unter diesen Rednern befand sich auch Lord Kelvin (der berühmte Physiker und Mathematiker William Thomson), der die Bill als eine Vergeßlichkeit der Freiheit betrachtete.

Für die Bill trat in warmen Worten der Bischof von Southwark (Süd-London) ein. Er wohnt in einem Arbeiterviertel und kennt das proletarische Leben. Er sagte: „In dieser wichtigen Sache sollen nicht nur Juristen und Politiker, sondern auch die Vertreter anderer Professionen mitreden; denn diese Bill geht über juristische Erwägungen hinaus. Es gibt keine andere Frage, die einen so weiten Umfang hat, wie die Frage der Wohlfahrt der Arbeiter. Ebenfalls wie man eine ganze Nation anfragen kann, so wenig kann man die Arbeiterpartei nur wie eine der vielen Parteien und Parteien behandeln, mit denen das Gesetzbuch zu tun hat. Das will ich nicht sagen, daß man die Arbeiter wie eine bevorrechtete Klasse behandeln müßte. Die organisierte Arbeiterklasse fühlt, daß sie im Wettbewerb mit den übrigen Klassen die Schwächere ist. Sie fühlt, daß ihr die finanziellen Hilfsmittel, die administrative Maschinerie der großen Industriekapitalisten fehlen. Sie fühlt, daß ihre Aktionen langsam und schwerfällig sind. Mit einem Worte: sie fühlt, daß sie mit einem Strich um den Hals auf den Kampfplatz tritt. Ich habe einen starken Glauben in den Gerechtigkeitsglauben der Arbeiterklasse und ich bin überzeugt, sie würde die Bill ganz gut rechtfertigen können. Die Arbeiter würden sagen: „Es ist sehr schwer für uns, unsere Organisation wirkungsvoll und stark zu machen. Gegenüber dem Gewicht der gesellschaftlichen Kräfte, die gegen uns in der Waagschale geworfen werden, gibt es für uns kein anderes Mittel als Immunität unserer Rassen.“ — Das Vertrauen der Arbeiter würde erfüllt; die Aufgabe des Parlamentes kann jetzt nur die sein, den Arbeitern dieses Vertrauen wiederzugeben. Wird die Bill zum Gesetz erhoben, so kann es wohl kommen, daß wir anfangs schlechte Zeiten werden durchmachen müssen. Aber ich bin überzeugt, daß wir ein gesundes soziales Leben nicht durch eine oberflächliche Gleichheit des Gesetzes erlangen werden, sondern durch die Selbstverwaltung der Arbeiter, durch die Selbstbeherrschung und Weisheit der Trade-Unions. Durch das alte Trade-Unionsrecht haben wir bereits Fortschritte nach dieser Richtung gemacht, und dies ist auch der Weg für die Zukunft. Ich bin deshalb gerne bereit, für die Bill zu stimmen.“

Zum Schluss sprach der Vertreter der Regierung, Herr Erbe, für die Bill, die dann — wie gesagt — in zweiter Lesung angenommen wurde.

So im Kulturland England. Nicht man die Reglements vorläge über das Gewerkschaftsrecht in Deutschland mit der englischen Bill in Vergleich, dann findet man, wie abgesehen von der Unterchied der beiden Gesetzgebungen ist. Hier in Deutschland nichts als Reaktion und arbeiterfeindlicher Geist, und dort in England Gewerkschafts- und Arbeiterrecht in voller Blüte. Und dann wundern sich die deutschen Regierungen noch, daß die deutschen Arbeiter nichts vom nationalen Vaterland wollen. Das ist doch sehr begreiflich, denn dieses deutsche Vaterland bietet seinen schaffenden Söhnen und Töchtern Steine statt Brot und Ketten statt Freiheit.

Carif-Vertrag in den Berliner Brauereien.

Am 21. Januar ist folgende Tarifvereinbarung mit den Berliner Brauereien abgeschlossen worden:

Tarif-Vertrag

für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis 31. März 1910.

Zwischen dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend, vertreten durch seinen Vorstand, einerseits, sowie der Sektion 2 (Glücksarbeiter) des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, und dem Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin 2), vertreten durch ihre Vorstände, andererseits, ist heute der nachstehende Tarifvertrag geschlossen worden:

§ 1.

Der Minimallohn und die Arbeitszeit für die einzelnen Kategorien der Brauerei-Glücksarbeiter bestimmt sich pro Woche, wie folgt:

1. Flaschenfellerarbeiten:

Der Lohn beträgt Mf. 25,—.

Die Arbeitszeit beträgt:

in der Nacht: 9½ innerhalb 11 Stunden, am Tage: in denjenigen Betrieben, in welchen mit Nachschicht im Flaschenfeller gearbeitet wird, 9½ innerhalb 11 Stunden, in den anderen Brauereien 9½ innerhalb 11½ Stunden; sofern für die Nachschicht nicht eine wöchentliche Zulage von 3 Mf. gewährt wird, tritt eine Verkürzung der wöchentlichen Brutto- und Nettoarbeitszeit um eine halbe Stunde ein.

2. Hofarbeiter:

Der Lohn beträgt Mf. 25,50.

Die Knechtler erhalten eine tägliche Zulage von 30 Pf. Die Knechtler der Deutschen Bierbrauerei A.-G. Abteilung Berlin erhalten einen Wochenlohn von Mf. 27,—.

Die Arbeitszeit beträgt 9½ innerhalb 11½ Stunden.

3. Glücksarbeiter im inneren Betriebe:

Der Lohn beträgt:

in den ersten 2 Jahren 28,—, im dritten Jahre Mf. 29,—, Arbeiter, welche als Pumpaufs. beschäftigt sind, erhalten 3 Mf. mehr.

Für die Arbeitszeit gilt das zu § 2 gefagte. Dem im Suchhaus beschäftigten Arbeitnehmer ist unter Vorkaufsrecht der wöchentlichen Arbeitszeit eine feste Mittagspause von mindestens einer Stunde zu gewähren.

4. Glücksarbeiter bei Brauereihandwerkern:

Der Lohn beträgt Mf. 26,—.

Für Restlohn beträgt der Stundenlohn 65 Pf. Für die Arbeitszeit gilt das zu § 2 gefagte.

5. Fahrer:

Von einer Regelung des Lohnes wird vorläufig abgesehen.

Bei einem durchschnittlichen Verkauf von mehr als 30 Kisten täglich hat jeder Flaschenfahrer einen Mitfahrer zu beschäftigen. Falls in Ermangelung eines Mitfahrers der Fahrer diese Arbeit allein bewerkstelligen muß, so erhält er an solchen Tagen eine besondere Vergütung von 2 Mf.

6. Fassbiermitfahrer:

Der Lohn beträgt Mf. 25,—.

Für je ¼, ½, ¾, 1 zurückgebrachtes Leergefäß der eigenen Brauerei werden außerdem 7½ Pf. Provision gezahlt, wenn nicht eine solche bereits für veräußertes Bier gezahlt wird.

Die Arbeitszeit ist von der Einteilung der Touren durch die Betriebe und der schnelleren oder langsameren Erledigung durch die Fahrer abhängig und die Berechnung der Ueberstunden bei der im Interesse der Bedienung der Kundschaft verwendeten Arbeitszeit ausgeschlossen. Wird dagegen ein Fassbiermitfahrer nach Beendigung seiner Tour und Erledigung der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten noch zu anderweitigen Arbeiten herangezogen, so wird diejenige Arbeitszeit nach Ueberstunden berechnet, welche einschließlich der Tourenzeit über 11½ Stunden hinaus geleistet worden ist.

7. Flaschenbiermitfahrer:

Der Lohn beträgt Mf. 25,—.

Für jeden veräußerten Kasten von 30 Flaschen Bier wird außerdem 1 Pf. Provision gezahlt. Einflüßlich der Arbeitszeit gilt das zu § 2 gefagte.

8. Knechtarbeiten:

Der Lohn beträgt Mf. 28,—.

Einflüßlich der Arbeitszeit gilt das zu § 2 gefagte.

Kutcher, welche Prozente nicht beziehen, erhalten für Touren nach außerhalb, welche so liegen, daß der Kutcher sich in der üblichen Mittagszeit zwischen 12 und 2 Uhr nicht in ihrer Wohnung befinden können, 75 Pf. Gehalt, wenn die Touren einen halben Tag in Anspruch nehmen, 150 Pf. für Touren von mehr als einem halben Tage.

9. Ställeute:

Der Lohn beträgt Mf. 28,—.

Die Arbeitszeit beträgt 10 innerhalb 13 Stunden.

10. Verschiedene:

Einschlüßlich der Bademeister, Apparatreiniger, Beleuchter, Fahrer, Portiers und Wächter wird von einer einheitlichen Regelung von Arbeitslohn und Arbeitszeit abgesehen. Doch tritt bei diesen eine allgemeine Erhöhung des Wochenlohns um drei Mark ein.

§ 2.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind nur in dringenden Fällen gestattet, letztere ist auf die gesetzlich zulässige Dauer zu beschränken. Als Sonntagsarbeit gilt für die unter 1—4 bezeichneten Kategorien die Arbeit von Sonnabend nach 12 Uhr bis Sonntag nach 12 Uhr. Den Ställeuten ist jeder zweite Sonntag freizugeben. Den unter 6 bis 8 bezeichneten Kategorien ist in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April jeder zweite Sonntag, in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober nach Möglichkeit jeder zweite Sonntag freizugeben.

§ 3.

Die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage dürfen vom Lohn nicht in Abzug gebracht werden. Etwaige Arbeiten an solchen Tagen — mit Ausnahme der Arbeiten des Fahrpersonals und der Ställeute — gelten als Ueberstunden.

§ 4.

An Sonn- und ersten Feiertagen besteht während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April keine Verpflichtung zum Bierausfahren, in den übrigen Monaten nur eine solche bis 2 Uhr. Vom Vorstand des Brauereiverbands können Ausnahmen festgesetzt werden, wenn durch die Aufeinanderfolge von Sonn- und Feiertagen eine längere Unterbrechung des Geschäftes erfolgt. Die Brauereien sollen darauf hinwirken, daß auch im Sommer an solchen Tagen nach 10 Uhr kein Bier ausgefahren wird.

Zu Arbeiten, die nicht Sache des Fahrpersonals sind, darf dieses an Sonn- und Feiertagen nicht herangezogen werden bezw. gelten derartige Arbeiten als Ueberstunden.

§ 5.

Für jede Ueberstunde wird ein Zuschlag von 15 Pf. gezahlt. Sonntagsarbeiten der in § 1 ab 1—4 bezeichneten Arbeitnehmer-Kategorien sind als Ueberstunden zu berechnen.

Die an den beiden Ofter-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen zu leistenden Ueberstunden sind mit 80 Pf. pro Stunde zu vergüten.

Bei länger als eine Stunde währenden Ueberstunden vor Beginn oder im Anschluß an die reguläre Arbeitszeit ist eine Pause von einer Viertelstunde ohne Lohnabzug zu gewähren.

§ 6.

Diejenigen Arbeitnehmer, welche zur Zeit der Vereinbarung dieses Tarifs in Bezug auf Lohnbezüge und Arbeitszeit günstigere Bedingungen als die hier angegebenen genießen, behalten diese günstigeren Bedingungen.

§ 7.

Akkordarbeit ist nicht gestattet.

§ 8.

Die Gewährung des Hausstrunks erfolgt nach den in § 31 in den einzelnen Brauereien hierüber bestehenden Bestimmungen.

§ 9.

Soweit solche Abrechnung für das Fahrpersonal vorgeschrieben ist und auf dessen Kosten gehalten wird, wird dafür eine wöchentliche Vergütung von 1 Mark gewährt.

§ 10.

Die Lohnzahlung erfolgt Freitag, die Zahlung der Provision der Regel nach spätestens alle 14 Tage.

§ 11.

Urlaub wird in folgender Weise gewährt: Der Urlaub beträgt nach zweijähriger ununterbrochener Beschäftigung in einer Brauerei 2 Tage, nach dreijähriger 3, nach vierjähriger 4, nach fünfjähriger 5 Tage, nach sechsjähriger und darüber eine Woche unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Zeit des Urlaubs ist von der Brauerei zu bestimmen.

§ 12.

In allen Brauereien müssen der Zahl der Arbeitnehmer entsprechend heizbare Umkleieräume sowie Wasch- und Badeeinrichtungen bestehen, für das Fahrpersonal auch verschließbare Spinden.

§ 13.

In jeder Brauerei wird dem Fahrpersonal die prozentuale, mindestens jedoch eine Verteilung im Arbeiter-Ausschuß zuerkannt.

§ 14.

Die bereits zur Zeit in den Brauereibetrieben bestehende Handhabung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet auch für das Fahrpersonal entsprechende Anwendung.

§ 15.

Bei größeren Arbeiterentlassungen ist in der Regel nach dem Dienstalter zu verfahren.

§ 16.

Einschlüßlich derjenigen Arbeitnehmer, welche mindestens zwei Jahre ununterbrochen in einer Brauerei beschäftigt gewesen sind, beträgt die beiderseitige Kündigungsfrist mindestens 8 Tage. Nach dreijähriger ununterbrochener Tätigkeit mindestens 14 Tage. Die Entlassung dieser

Arbeitnehmer ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist darf nur aus den in § 123 der Gewerbe-Ordnung angegebenen oder als folgenden Gründen erfolgen:

Wenn sie ihnen übertragene, nicht ungefähliche Arbeiten zu leisten verweigern,

Wenn sie sich in Schänderen einlassen, ohne sich in berechtigter Notwehr befinden.

Wenn sie absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit einem Mitarbeiter einen körperlichen Schaden zufügen, oder

Wenn sie absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit Schutzvorrichtungen zerstören, beschädigen oder außer Betrieb setzen, soweit dies nicht zur Ausführung von Arbeiten erforderlich ist.

§ 17.

Bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses innerhalb einer Woche wird die Woche zu 6 Tagen gerechnet.

§ 18.

In allen aus diesem Vertrage entstehenden Streitigkeiten ist das gleiche dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend und den Arbeiterorganisationen errichtete Einigungsamt anzunehmen.

§ 19.

Dieses Uebereinkommen gilt vom Tage des Abschlusses bis 31. März 1910 und verlängert sich, wenn es nicht von einem der vertragschließenden Teile spätestens 6 Monate vor Ablauf gekündigt wird, jeweils auf ein Jahr.

Die Löhne sind den beim Abschluß in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmern in der hier festgesetzten Höhe vom 1. Januar 1907 ab nachzuzahlen.

Berlin, den 21. Januar 1907.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend.

Mag. Hapold. W. Knoblauch.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Zahlstelle Berlin, Sektion 2.

Für den Vorstand Für den Vorstand

Arthur Schult Friedrich Jurisch

Für die Tarifkommission

Mag. Kaffner.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 2:

Albert Wiles. M. Werner.

Eine ausführliche Schilderung der ganzen Bewegung folgt in der nächsten Nummer d. Bl.

Aus unserem Beruf.

Bierfahrer.

Widau. Ein Beitrag zum Kapitel „Agitation des Brauereiarbeiter“. Mit welcher Unkenntnis, der deutschen Gewerkschaftsbewegung unbedingten Willen der Brauereiarbeiter, haben wir an dieser Stelle schon oft genug Beispiele gebracht. Wir regen uns gar nicht mehr sonderlich auf, wenn uns aus den verschiedensten Orten gemeldet wird, der Brauereiarbeiter hat da und dort versucht, uns unsere Mitglieder abzutreiben. Wir wissen ja schon zu Genüge, daß die „Agitatoren“ dieses Verbandes ihren Beschäftigten damit erkranken zu können glauben, daß sie die schon fast 100 Jahre bei uns organisierten Kollegen zu sich hinüber zu ziehen versuchen. Es ist ja auch viel bequemer, Organisierte überzulassen, als unter der indifferenten Masse zu arbeiten. Von Widau erhalten wir Nachricht über das alte Lied, nur wird der Fall dort dadurch bedeutungsvoller, weil sowohl der Kartellvorstand als auch ein Redakteur unseres dortigen Parteiblattes an diesem Mitgliederabzug nicht unbeteiligt sind, letzterer sogar die Samproble spielt. Dem Falle liegt folgende Vorgeschichte zu Grunde: Vor ca. drei Jahren traten 8 Mitglieder der „Widauer Brauerei“ aus eigenem Antrieb vom Brauereiarbeiterverband aus. Die Kollegen erklärten uns, daß sie zu uns kämen, weil sie ihre Interessen im Brauereiarbeiterverband nicht gewahrt sahen. Wir nahmen sie daher auf, und hielten uns in kurzer Zeit aus dem gleichen Betriebe noch zwei Kollegen hinzu, die bis dahin überhaupt nicht organisiert waren. Damit gehörten alle in dieser Brauerei beschäftigten Kollegen zu unserem Verbande. Seit dieser Zeit haben die Brauereiarbeiter es nun an nichts fehlen lassen, die „Widauer“ wieder einzulassen. Alles Liebeswerben war aber umsonst, die Kollegen blieben fest. Da kam die Kündigung des Tarifs seitens des Brauereiarbeiterverbandes, die in aller Eile erfolgte. Auch über die Vorbereitungen wurde nichts veräußert. Plötzlich erfuhr wir, daß die erste Verhandlung mit den Direktoren am 15. November stattfinden sollte, und daß zu dieser Verhandlung der Kartellvorstand eingeladen werden sollte. Nunmehr sandte unser fähigster Gaukler an den Vorstand des Kartells nachstehenden Brief:

Chemnitz, d. 6. Nov. 06.

An den Vorstand des Gewerkschaftskartells W i d a u.

Meine Kollegen!

Von unserem Vertrauensmann Holländer erhalten wir solche Mitteilung, daß Ihr Vorhaben der Kartellvereinbarung zu verweigern, bei dem Brauereiarbeiterverband darauf einzulassen, daß zu den bevorstehenden Verhandlungen zwischen den Brauereiarbeitern W i d a u und dem Brauereiarbeiterverband aus unserer Seite ein Vertreter zugezogen werden sollte. Es ist uns seitens des Kartellvorstandes geraten worden, unsere Teilnahme durch Abzug seitens der Direktoren zu ermöglichen. Wir müssen das letztere aus prinzipiellen Gründen ablehnen, denn ein solches „Hand in Hand gehen“ mit den Arbeitgebermännern würde uns zu Goldknechten der Unternehmer stempeln. Uns ist unsere Ehre in der Arbeiterbewegung denn doch mehr wert, als daß wir auf ein derartiges Vorgehen eingehen werden. Wir bleiben nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß wir als ein den Brauereiarbeitern gleichberechtigter Faktor an den Verhandlungen teilnehmen, und diese Teilnahme hat uns das Kartell zu ermöglichen, gleichviel ob das dem Brauereiarbeiterverband paßt oder nicht. Die ganze Zeit

seheren Verbandes läuft auf eine Schädigung unserer Verbände hinaus, und dazu darf ein Kartell jedenfalls nicht die Rolle „des Mittels“ übernehmen. Wichtiger ist es, falls der V. Verband beharrt auf seiner Ansicht, das Kartell zieht sich von den Verhandlungen ebenfalls zurück, dann gibt es sich für die Kollegen nicht als Mitüberbringer der, denn daß wir nicht ruhig zusehen werden, wie man uns abzunutzen versucht, können Sie sich wohl denken.

Um nun den Streitpunkt in Ruhe aus der Welt zu schaffen, erlaube ich der Kartellkommission, ihrem Vorsitzenden Mitteilung zu geben, auf seinem Standpunkt, daß wir zugezogen werden müssen, zu beharren, oder das Kartell zieht sich selbst von den Verhandlungen zurück resp. bleibt denselben fern.

Es liegt ebenfalls im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung, daß diese Differenzen aus der Welt geschafft werden. Das Kartell ist die Körperkraft, die diese Frage regeln muß. Bis Eingangs Ihrer Antwort werden wir weitere Schritte unterlassen. Die erste Sitzung mit den Direktoren ist bereits für 15. N. o. v. a. h. e. angekündigt; wir ersuchen deshalb um baldigen Bescheid.

Mit Gen. Gruß

Otto Richter, Gauleiter.

Auf diesen Brief erhielt der Schreiber überhaupt keine Antwort, man hielt aber eine Sitzung ab, und in dieser war nicht etwa der Antragsteller, nein, vielmehr der Angeklagte, der Brauer, Stippel aus Dresden, zugegen. Ist das nicht unparteilich?

Wir haben nun dem hier in Frage kommenden Vertriebs sowie einem zweiten, dessen Vertretung ebenfalls bei uns organisiert waren, mitgeteilt, daß wir einwöchigen Vereinbarungen, die ohne unser Zutun zu Stande kommen unsere Anerkennung u. a. l. verweigern; wir lassen in diesem Falle als „Unberufene Personen“ sowohl die Vertreter des Brauerverbandes als auch den Vertreter des Kartells auf. — Der Kartell wurde trotzdem ohne uns abgeschlossen, darauf großes Renommee des Brauerverbandes. „Seht, wir haben den Kartell abgeschlossen“, die Transportarbeiter wurden gar nicht anerkannt, und acht Tage später waren wir unsere Mitglieder los. Der geistliche Vater von allen dem ist Genosse Medaileur Robert Müller vom dem Sächsischen Volksblatt, unserem Hildesheimer Parteigänger. Dieser Genosse, der lange Zeit den Bevollmächtigten der Brauer hierorts gemacht hat, treibt also systematisch Mitgliederabzug in unseren Reihen. Wie er dies mit seiner Stellung als „Parteiblatt-Medaleur“ vereinbaren kann, bleibt allerdings „sein“ Geheimnis. Die Angelegenheit treibt ihn jedenfalls nicht dazu, denn an Gelegenheiten, sich zu betätigen, fehlt es in Hildesheim nicht. Die Duldung für sein Tun werden wir ihm nicht vorenthalten, „es ändern sich die Zeiten“, Genosse Müller. — Vorerst wollen wir nur feststellen, daß auch das Kartell in seiner Gesamtheit sich unserer Ansicht gegenübergeschlossen hat. Am 6. Dezember folgte es folgenden Bescheid: Wenn in irgend einem Betriebe Lohnbewegungen usw. entstehen, und es kommen mehrere Gewerkschaften in Frage, so ist die betreffende Gewerkschaft verpflichtet, mit den anderen beteiligten Gewerkschaften vorher in Verbindung zu treten zur Erörterung der vorliegenden Streitpunkte mit den Unternehmern.“ So geschieht konnte der Kartellverband vorher natürlich nicht sein.

Drochsenführer.

Die Auslieferung der Berliner Autodrochsenführer dauert unverändert fort. Die Auslieferungsdauern sind zu eilen zusammen und wird den Unternehmern in absehbarer Zeit wohl nichts anderes übrig bleiben, als nachzugeben, zumal ihnen auch neuangelernte Arbeitswillige nicht zur Verfügung stehen.

Die Scharfmacher in der „Arbeitsbewegung“ lägen, daß sich die Wägen beugen. Bekanntlich haben wir jedes Kind weiß, die Arbeitgeber den Autodrochsenführern 33 1/2 p. Ct. vom Lohne abziehen wollen. Die „Arbeitsbewegung“ schämt sich augenscheinlich dieser Frechheit ihrer Schüler, und flucht sich, daß sie das Vorkommnis in sein stilles Gegenteil um, indem sie schreibt:

„Und der jüngste und modernste Hinkel des Verkehrs-gewerbes hat jetzt seinen Streik zu verzeichnen. In Berlin sind am Neujahrstage 400 Chauffeure der Autodrochsen in den Ausstand getreten, und das „Taff-Taff“ dieses großstädtischen Verkehrsmittels ist vorläufig verstaubt. Die Autodrochsenführer haben bis jetzt 1,50 M. pro Tag und 25 p. Ct. der Einnahme erhalten. Weitere Vorteile waren ihnen in Aussicht gestellt, aber das, wie üblich, eine Einigung nicht erzielt werden konnte, — der größere Teil der Führer ist organisiert! — so war der Kampf unermüdlich, und die Auslieferung mußte in Kraft treten.“

Welche Vorteile waren den Führern in Aussicht gestellt, das ist denn doch der Gipfel aller Frechheit und Verdröhnungskunst. Wenn den Führern nur der alte Lohn und die alten Arbeitsverhältnisse belassen worden wären, kein Mensch hätte auch nur im Traum an Streiken gedacht, geschweige denn an weitere Vorteile. Hier, wo nun einmal die kapitalistische Profitwelt sich selbstmörderische Organe selbst, da weiß sich das Unternehmertum nicht anders zu helfen, als die nackten und wahren Tatsachen ins gerade Gegenteil umzuwandeln. Und mit solch moralisch gänzlich verkommener Gesellschaft müssen sich die Arbeiter herumflicken!

Häufelbort. Ueber die Zustände in den nichtöffentlichen Gauderäumen laufen fortgesetzt Klagen ein über inhumane Behandlung, schlechte Entlohnung und über ausgebeutete Arbeitszeit.

Trotzdem die Gauderäume einen allgemeinen Aufschlag der Preise für alle Drochsen durchgesetzt haben, also mehr als einen Aufschlag geschaffen haben für die höheren Futterpreise, Pferdezüge, Reparaturkosten usw., will man die Kartell nicht nur leer ausgehen lassen, man will ihnen auch noch einen Teil der Gewinnschuld aufhauen. Bei der Firma S. Josten, Wehrhahn 18, ist es bereits zu Differenzen gekommen. Die

Arbeitszeit soll um ein geringes erhöht werden, dafür sollen sich die Kartell der das Baumaterial selber stellen. Die Drochsen betragen bisher:

Für Velchenkutter	14 M.	jetzt 15 M.
Für Velchenkutter	14 "	" "
Einpänner	10 "	" "
Einpänner	12 "	" "
Gelangenswagenkutter	20,80 "	" "

Nun soll kein Mensch behaupten wollen, daß die Kartell der solchen Drochsen zu billig werden. Tringelber gab es bisher ganz selten, bei den neuen Preisen dürfen sie zur Klarheit gehören.

Von diesen horrenden Drochsen soll der Familienvater Schwämme, Leder, das Stiel zu 2,50 M. bis 3 M. kaufen; er soll aber auch Mülle, Zylinder, Handschuhe, Mantel, Albre, Peltsche davon stellen, und zwar jetzt nach der Preiserhöhung soll möglichst alles erneuert werden. Wir sind der Meinung, daß, wenn der Gauder oder dessen Frau Gemahlin die Kartell in neuen, schmutzigen Uniformen auf dem Bod sehen will, wenn der Kartell für die Firma Kellame fahren soll, dann mögen die Herrschaften hübsch gefällig in ihren Sädel greifen und die Uniformen stellen. Es steht nämlich nicht gut aus, wenn man sich mit fremden Federn schmückt. Bei welcher Arbeitszeit verdienen die Kartell der hohen Drochsen? Um sieben Uhr morgens beginnt die Arbeitszeit. Wer bis nachts 3-4 Uhr gefahren hat, fängt um 8 Uhr an, erfreit sich also einer ununterbrochenen Ruhezeit von drei Stunden. Häufig kommt es vor, daß Kartell der bis vier Nächte hintereinander fahren müssen, die fünfte Nacht fällt Stallwache dazu, so daß gar keine reguläre Pause eintritt. Daß auch die Nachtschichtwache unentgeltlich gehalten werden muß, sei nebenbei erwähnt. Frau S. Josten ist eine streng religiöse Frau, eine eifrige Kirchensängerin, brachte es aber in ihrer christlichen Duldsamkeit fertig, die Leute, die in einem Gefäß — wir sagen ausdrücklich nicht Zimmer, weil es diese Bezeichnung nicht verdient — neben dem Gefäßboden mit Mäusen und Ratten — letztere nicht zu klein und nicht zu gering an Zahl — kampieren, vom Stole zu weissen, als sie die neue Ordnung nicht unterzeichnen wollten. Ebenso erging es einem älteren Kartell, der vom Jahre 1886 im Dienste der Firma stand. Ob Frau Josten wohl bei der nächsten Besichte an den 55 jährigen Kartell denkt, der über 20 Jahre dem Geschäft treu gedient, der seine Gesundheit im Interesse des Geschäftes geopfert hat? Menschlichkeitsgefühl dürfte man bei überreligiösen Augenverbrechern vergebens suchen.

Der Organisation harri hier noch ein großes Stild Arbeit, sie wird dieselbe leisten, wenn die Kartell der sich ihr anschließen.

Samburg. Generalversammlung am 2. Januar. Zunächst wurde das Ableben des Kollegen Reinhold in üblicher Weise geehrt. Die konstituierende Generalversammlung wurde durch die Lieberstellung der Kartell vom öffentlichen Fußwege mit zwei Freiheitskämpfern eingeleitet. Den Vorsitz übernahm der zweite Verbandsvorsitzende O. Schulz-Berlin. Er begrüßte im Namen des Zentralverbandes die durch diese Versammlung dokumentierte Langeschichte Einigkeit unter den Drochsenführern Samburgs. Er erwiderte, daß die hinzugekommenen Mitglieder durch rege Agitation dazu beitragen werden, daß der Verband nach allen Richtungen hin ausdehnungsfähig bleibt. Dann gibt Albrecht einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1906. Wenn man nach den eingeleiteten Straßverhandlungen rechnen dürfte, so erschiene die Tätigkeit der Drochsenführer nach dieser Richtung hin in Unbetracht der früheren Jahre als eine sehr gemächliche. Redner bezweifelt jedoch, daß familiäre Straßverhandlungen an den Vorstand abgeteilt seien. Dadurch sei diesem jede Möglichkeit genommen, sie als statische Material zu verwerten. Redner streift kurz unsere Lohnbewegung im Jahre 1906 und gibt dann den Mitgliedern die Ankündigung eines heftigen Rechtsanwalts vor dem Schlichtergericht Samburg bekannt, nämlich: Die Drochsenführer seien minderwertige Elemente. Redner hält den Ruf eines Drochsenführers für mindestens ebenso ehrenhaft, als den Ruf eines Juristen. Redner bezeichnet als bestes für uns in Betracht kommendes Ereignis des Jahres den nach langwierigen Verhandlungen endlich erreichten Anschluß an den Transportarbeiterverband. Der Name Zentralverband tue es freilich nicht allein; die intensive Arbeit jedes Kollegen sei erforderlich, um das zu erreichen, was unser Ziel sein muß. Dem schon früher gefassten Beschluß, daß kein unserer Mitglieder mehr von 1888 angehören dürfe, wurde nochmals einstimmig zugestimmt. Nachdem die Spesen festgesetzt, wurden gewählt als Bevollmächtigte Albrecht und Timm; als Kassierer Wied und Wörke; als Schriftführer Wörmann und Worn; als Beisitzer Redner, Kiesel, Wörmann; als Mediatoren Wörmann, Wörmann, Wörmann; als Kartellbevollmächtigte Wörmann und Wörmann. Nachdem noch Fahnen-, Lohnkommission und Kommission gewählt waren, wurde beschlossen, unser Stilmittel am 11. Februar bei Springhorn abzuhalten. Schluß gibt seiner Freude über den guten Veranlassungsbesuch Ausdruck. Er erklärt, daß ein Rechtsanwalt, der doch ein studierter Mann ist, wenigstens fähig gehandelt hat, wenn er von einer Stelle aus, wo sich die Angegriffenen nicht verteidigen können, einen ganzen Beruf in den Sumpf zieht. Ein Mann, der sich derartiges erlaubt, könne uns überhaupt nicht befehlen. Der sozialdemokratische Partei wurde zur Wahlhilfe 200 M. überlassen, einem in Vorbehaltslosen Kollegen eine Unterstützung bewilligt. Schluß erwidert, daß am 25. Januar jeder seiner Pflicht nachkommen, um der herrschenden Klasse eine Antwort zu geben, die diese nicht erwartet.

Fensterputzer.

Bremen II. Am Sonntag, den 6. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Zum Jahresbericht führte der Bevollmächtigte aus: das Jahr 1906 sei wieder für unsere kleine Verwaltungsgemeinschaft ein guter Fortschritt, mit dem wir sehr zufrieden sein können. Haben wir es doch soweit gebracht, daß die familiäre Fensterputzer am Ort organisiert sind, und nicht nur daß sie auf dem Papier stehen, nein, es sind

alles zahlende Mitglieder. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1906 betrug 61, am 1. Januar 1907 76 Mitglieder, ein Mehr von 14 Kollegen. Aber auch einen Streit haben wir gewonnen, der noch vierjähriger Dauer für uns auf abgab. An der Wäpfer beteiligten sich 2 Kollegen an diesem Jahre ebenfalls hat, ein Betrieb wurde vollständig, in einem anderen arbeiten nur wenige Kollegen.

Der Geschäftsbereich war folgender: An Eingängen: Briefe und Karten 20, Drucksachen 30; an Ausgaben: Briefe und Karten 33, Drucksachen 2, Veranlassungen wurden 17 abgehalten, Sitzungen ebenfalls 17, die alle sehr gut besucht wurden.

Kollegen, das war das verfloßene Jahr, jedoch in diesem Jahre muß es noch besser kommen, da wir nicht wissen können was die Zukunft bringt.

Der Kassendbericht ergab folgendes:

Einnahme:	
Bestand vom vorigen Quartal	206,39 M.
3 Aufnahmen à 1 M.	3 — "
012 Wochenbeiträge à 45 Pf.	455,40 "
Leber aus dem Tringelber	7,05 "
11 Sammelstellen	42,40 "
1 Dupikat	— 20 "
Zusammen	719,44 M.

Ausgaben:	
in Extraunterstützung	17,05 M.
Verwaltungsausgaben	43,55 "
Briefe und Drucksachen	3,59 "
Verlegetrag	11,56 "
an den Wahlfonds	50,35 "
Bureauzettel aus O. D. W. l.	17,54 "
Delegation	70,40 "
in die Hauptkasse	307,50 "
Kassendbestand	197,91 "
Zusammen	719,44 M.

Im Jahre 1906 wurden an Unterstützung ausbezahlt: An Arbeitslose 62,50 M., an Kranke 195,34 M., an Streikunterstützung 200,85 M., örtliche Streikunterstützung 10 — M., an Nachschub 7,10 M., an Extramentierung 7,05 M., an die Hauptkasse wurden in bar gelandt 793,20 M.

Der 3. Punkt lautete: Verschmelzung mit der Drochsenführung l. Viele Frage hat uns schon längere Zeit beschäftigt und war nach dem Zeitpunkt gekommen, wo wir uns darüber klar werden mußten, ob wir noch länger als eigene Verwaltungsgemeinschaft bestehen wollen, wie es seit dem Anschluß an den Zentralverband der Fall ist. Der Bevollmächtigte führte den Kollegen nochmals die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung vor: Klagen und ernannte des Kartell, daß Beisitzer aus dem Spiel zu lassen und aus Rücksichtungsgründen für die Verschmelzung zu stimmen. Nachdem auch mehrere Kollegen sich für und wider ausgesprochen hatten, wurde in geheimer Abstimmung die Verschmelzung mit der Drochsenführung l. beschlossen.

Wahl der Sektionsleiter: Zum 1. Sektionsleiter wurde der bisherige Bevollmächtigte Kollege Wörmann gewählt, zum 2. Kollege Wörmann, zum Schriftführer Kollege Wörmann.

Kollegen, wir haben uns nun für die Verschmelzung ausgesprochen, jetzt bleibt es aber noch zu vor sehr zu unserem Verband zu halten und es muß mir wie bisher unsere Aufgabe sein, uns in den Dienst der Organisation zu stellen. Wenn es unter unseren Vorstößen auch nichts mehr zu organisieren gibt, so ist doch die Fühl der unteren Verband in Frage kommenden Kollegen noch sehr groß. Da sind in erster Linie die Hausfrauen und Handelshilfsarbeiter, wo uns die Gelegenheiten geboten ist, viele Verkaufsgruppe für den Verband zu gewinnen. Wir können es, wenn nur der Wille vorhanden ist. Also tue in jeder seine Pflicht mehr wie bisher zur Kräftigung unserer Organisation!

Am 30. 12. 06 fand eine Versammlung der Fensterputzer statt. Der Vorlesende gab einen ausführlichen Bericht über die Fensterputzerkonferenz in Berlin und stellte hierbei die traurige Lage der Fensterputzer. Redner gab einige Beispiele von Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Großstädte bekannt, wie so verschlechterte Verhältnisse herrschen, dies nur, weil unsere Berufsleute nicht genügend organisiert sind.

Der Zentralverband wird zum Zwecke der Agitation unter den Fensterputzern die Verhandlungen der Konferenz in einer Broschüre herausgeben; dadurch wird jedem Gelegenheit gegeben, sich über unsere Lage zu orientieren.

In recht eindringlichen Worten kam Redner auf die Ergebnisse im verfloßenen Jahr zurück. Es ist ja in Köln leider zu seiner Lohnbewegung gekommen, weil die Organisation nicht stark genug war, um der Ausbeutung der Unternehmern entgegenzutreten. Die Zahl der Organisierten ist ja bedeutend gestiegen, aber leider der Gleichzeit einzeln verbunden, die Lage der großen Masse des Volkes zu verbessern. Nach all es Zeit, durch Streiks die Verbesserung herbeizuführen, es kam eine Zeit kommen, wo dies nicht mehr möglich ist. Darum Kollegen, ordnet, daß im neuen Jahr der letzte Mann zur Organisation herangezogen wird, und nicht, wie es bisher war, die Frau erst das mitberufenen mußte, was die Unternehmern dem Arbeiter vorenthalten. Die Frau gehört ins Haus zur Erziehung der Kinder, daß diese später mehr Kenntnisse besitzen, um sich leichter eine Existenz gründen zu können; denn von Beten und Märgen, wie es den Kindern in der Schule gelernt wird, kann man sich nicht nähren. Nachdem noch einige Redner sich im Sinne des Vorstehenden geäußert haben und sich verpflichtet regte für den Ausbau der Organisation einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. Am Sonntag, den 13. 1. 07 fand eine Generalversammlung der Fensterputzer statt. In Ansehung Aufnahme neuer Mitglieder führte der Sektionsleiter an, daß sich wieder einige alte Kollegen dem Verbande angeschlossen hätten, ein Zeichen der sichenden Lage unserer Berufsleute in Köln. Wenn es so weiter geht, können wir in nächster Zeit berichten, daß die Kölner Fensterputzer zu mindest 90 p. Ct. organisiert sind. Das Gesetz über die Reichslosigkeit der Berufsvereine und die Auflösung des Reichstags wurde einer scharfen Kritik unter-

zogen. Dieses Gesetz würde es unmöglich machen, noch einen Streik zu führen, überhaupt eine Organisation in die Höhe zu bringen. Darum ist es Zeit, jetzt zu agieren, daß wir gegen derartige Ausnahmestellen Front machen können. Unsere Verhältnisse sind doch nicht so rosig, daß man in einigen Jahren Reuter ist und dann seinen Verband mehr braucht. Unsere einzige Lösung muß heißen, alle organisiert, alle aufgeführt und jeder seine Pflicht und Schutzhülle getan, dann ist der Sieg unser. Ein Artikel aus dem Göttinger Unternehmerblatt wurde noch verlesen; hier kann man wieder das Schärferwerden der Reinigungsunternehmer erkennen. Sie schreiben, daß das Gesetz über die Berufsvereine nur Rechte der Arbeitnehmer enthält und die Unternehmer nur Pflichten hätten. Sie, die Unternehmer, müßten dem Arbeiter volle Entschädigung geben, wenn ein Arbeiter aufhören muß, und die Kündigung noch nicht abgelaufen ist; dagegen wenn ein Arbeiter die Arbeit verläßt, der Unternehmer nichts machen kann, weil die Arbeiter nichts zu pländen hätten. Sonst hätte der Artikel nur bummles Zeug.

Die Neuwahlen der Sektionsleitung haben folgendes Resultat ergeben: Kollege Schöneberg 1. Sektionsleiter, Kollege Schöndt 2. Sektionsleiter, Kollege Boden 1. Schriftführer, Kollege Eschen 2. Schriftführer. Kollege Schöneberg dankte den Kollegen für das Vertrauen und wünscht daß sie auch dieses Jahr zusammenarbeiten mögen wie bisher, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

Händlerbarbiere.

Berlin. Ortsverwaltung 11. Arbeitslos waren am Schluß des 3. Quartals 69 Koll. Im Laufe des 4. Quartals meldeten sich neu 1122

Zusammen 1191 Koll.			
Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für fest. u. ausgesetzte)	Verfehlt Stellen (für fest. u. ausgesetzte)	
Hausdiener, Pader etc.	156 255	59 130	42
Kaufher	827 803	24 80	21
Ewerdt u. Lagerarb.	629 317	672 36	463
Weinfellerarbeiter	19 19	2 9	1
Mineralwasserarbeiter	10 4	1 8	1
Leitender Arbeiter	25 19	11 6	7
Fensterreiniger	4 3	— 1	—
Kauf u. Arbeitsburschen	47 110	8 30	1
Paderinnen	5 2	— —	—
	1122 1082	677 505	586

1700 1181
Nitzdorf. Provisorischer Arbeitsnachweis Richardstr. 112 (Gasthof Grunewald).

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für fest. u. ausgesetzte)	Verfehlt Stellen (für fest. u. ausgesetzte)	
Hausdiener	8 8	— 1	—
Kaufher	12 19	— 10	—
Arbeiter	28 26	4 16	—
Burschen	1 3	— 1	—
	44 51	4 28	—

Arbeitslos blieben am Schluß des 4. Quartals 73 Kollegen. 220 Unterhaltungsbedürftige arbeitslose Kollegen erhielten für 3010 Tage 8191.70 Mk. insgesamt Arbeitslosenunterstützung. 1 un-erhaltungsbedürftige Kollegen erhielt für 24 5 Tage 12 Mk. Arbeitslosenunterstützung.

Berlin. Allemal zum Neujahr nimmt das Unternehmertum der „Confectionäre“ Veranlassung, den Hausdienern bezüglich der Unfälle des Neujahrsgalutierens die Geboten zu lesen. Auch dieses Mal brachte das Blatt der falschen Konfektioneure wieder diesen arbeiterfreundlichen Erguß:

„Der Unfug der Neujahrsgalutationen seitens der Hausdiener hat auch in diesem Jahre zu berechtigten Klagen Anlaß gegeben. Zwar ist dieser Unfug durch die seit Jahren geliebte öffentliche Kritik ein wenig eingengt worden, aber er besteht doch noch immer in solchem Umfange, daß man ihn auch dieses Mal wieder recht stark in den davon betroffenen Kreisen zu empfinden bekommt. Man weiß natürlich nicht, auf Grund welchen moralischen Nachschlags der Hausdiener von dem Lieferanten seines Chefs ein Neujahrstrunkel beanspruchen könnte. Wer als Verkäufer die Dienstleistung des Hausdieners seiner Kunden in Anspruch nimmt, bekommt ihn natürlich sofort durch ein Trinkgeld. In den allermeisten Fällen kommt der Verkäufer mit dem Hausdiener seines Abnehmers gar nicht in Berührung, so daß es ein Unfug ist, wenn sich ein Hausdiener ein Trinkgeld zum Jahreswechsel beansprucht. Das Trinkgeld soll doch immer eine Belohnung für eine Dienstleistung darstellen. Wer mir aber keine Dienste leistet, kann auch keinen „Mingenden“ Lohn beanspruchen. Diese Neujahrsgalutationen der Hausdiener sind nichts anderes als eine Betrügerei. Wenn diese Betrügerei noch in sehr breiter Weise auftritt, indem sich ein Hausdiener es als eine „Belohnung seiner Firma“ auswirft, wenn man ihn ohne Trinkgeld stehen läßt, dann muß man doch diesen Unfug ganz energig rügen! Die große Mehrzahl dieser Betrügereien geschieht ja ohne Wissen und hinter dem Rücken des Chefs. Es gibt aber auch noch einige Fälle unter den Hausdienern, die dieses Treiben der Hausdiener durch stillschweigendes Dulden begünstigen! Diesen Herren muß ins Gewissen geredet werden, weil sehr sie durch diese Betrügerei ihrer Angestellten das Ansehen ihrer Firma herabwürdigen. Die Dreistigkeit mancher Hausdiener geht so weit, daß sie auch zu „Lieferanten“ hintuntun, die gar keine Lieferanten ihrer Firmen mehr sind. Manche dieser Hausdiener arbeiten genau nach einer Liste, die ihnen ein Kommis aus Gefälligkeit anfertigt, und in die dann einfach alle ehemaligen und jetzigen Lieferanten aufgenommen werden.“

Besonders die Agenten werden von diesen Neujahrsgalutationen g-Brandt. Wird der Agent nicht zu Hause angelassen, dann wird ihm bei seinem Besuch der Firma aufgezwungen und er dort „angebetet“.

Auch die Hofschaffner sind in den ersten Tagen des neuen Jahres völlig verändert! Zunächst sind sie immer sofort anwesend, während sonst im Jahre man sehr oft vergeblich nach dem Hofschaffner klingeln

muß. Aber sie erscheinen jetzt nicht nur sofort, sondern zeigen sich auch recht flink und dienstwillig, während sonst meist ihr Gang schleppend und ihr Benehmen mürrisch ist. Aber sie sind in den ersten Tagen des Neujahrs gar nicht wiederzuerkennen, wenn es gilt, Prost Neujahr zu sagen und den Dobus zu heischen.

Der Unfug der Neujahrsgalutationen der Hausdiener muß endlich und vollständig beseitigt werden.“ Kein Zweifel, das Neujahrsgalutieren ist ein Unfug, dieser Meinung sind auch wir. Aber setzen wir doch einmal näher zu, wer ist der eigentliche Schuldige an diesem Unfug? Zum Vergnügen geben sich die Hausdiener in der Regel wahrlich nicht auf den Neujahrstisch. Vergnügen macht diese Betrügerei höchstens den Knechtchen und Spießbüchsen, den braven Kindern der Chefs, den Leuten, die sich aus angeborener blühlicher Demut keinen ihrer Arbeit entsprechenden Lohn zu fordern getrauen. Die Masse der Hausdiener geht nur gewöhnlich durch die miserablen Lohnverhältnisse auf die Neujahrsgalutierung, würdigt sich mit innerlich verhasstem Born zum Betrüger herab. Die Herren Chefs sind es, die ihre Hausdiener auf den Neujahrstisch ausheben, um nur selbst möglichst viel an Lohn zu sparen. Wären sie anständig, auskömmliche Löhne zahlen und nicht zum Galutieren direkt und indirekt anstimmen. Dann hört der jedes Arbeiters unwillige Betrüger selbst auf. Also lieber „Confectionäre“ lehre gefälligst zuerst vor der Euer Abnehmer und Auftraggeber.

Berlin. Eine „neue Filiale“ des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie, eine „a e l e b e“ Gewerkschaft der Hausdiener Berlins, wurde am Montag, den 14. Januar, im „Friedrichshagen“ gegründet. Die Gegner des Anschlusses des Reichs Berliner Hausdiener an den Verband hatten ihre „Getreuen“ dorthin berufen, um die Neugründung eines Vereins der Geschäftsdienster, Pader Berlins 1907 vorzunehmen. Nach dem sich der Einzelne sowie die sogenannte Reichs-Schuttkommission in genügender Weise im Schutze der „abillen“ wie „uniformierten“ Polizei befanden, trat man in die Tagesordnung ein. Jeder, der nur im Verdacht stand, gegen die Gründung des Unternehmerrückgruppens Vereins zu sein, wurde nicht hineingelassen. Wer nicht gleich ging und der Meinung war, als Hausdiener seinen gesunden Menschenverstand anderen durch eine erklärende Erklärung mit auf den Weg zu geben, damit diese eine Dummheit im Leben weniger machen, war sicher, im „Schutze der Polizei“ die Ausgangstür schneller zu erreichen, wie sonst üblich. Eine 17 gliedrige Statutenberatungskommission wurde gewählt, auch spielte die Gebaltsfrage sowie die Person des anzustellenden Beamten eine Rolle.

Es wird den Berliner Kollegen von Interesse sein zu erfahren, wer die „geflügten Größen“ des neuen Vereins sind. Als „Stern“ des Abends glänzte der antisemitische Kassenbeamte Kremer als Vorsitzender. Nr. 2 der Mitensfabrikant Ruhnke, ehemaliger Hausdiener, jetzt Welcher eines seit Jahrzehnten fliegenden Geschäftsführers, gleichfalls als Vorstandsmitglied. Weiter der Seifenhändler der Dobrat und der Nähmaschinenhändler Loos, letzterer hat das namentliche Glück, einen Chef zu heischen, der einige Tausende Mark für das Wüten und Gebelien des Vereins opfern will. Als Beamter soll der Kolonialwaren-Ausgeber Krügel in Frage kommen, der nach seinen eigenen Aussagen im letzten Jahre einen Lohn von 3000 Mark in seinem Geschäft gehabt hat. In bunten Reihen finden wir auch hier den als anarcho-sozialistisch bekannten „Gonossen“ Pieper und andere mehr, die sich rühmen, Mitglieder des Wahlvereins zu sein. Hausdiener, Pader Berlins! Diese vorgenannten Personen sind die Akteure einer Unternehmerrückgruppens-Vereinigung; sie werden als solche nie in der Lage sein, eure berechtigten Interessen zu wahren. Darum: Augen auf! Taschen zu!

Berlin. Aus der Weingroßhandlung Paul Eggbrecht Friedrichstraße. Im Winterfeld der Firma sind 26 Kollegen beschäftigt, von den neunundzwanzig leider nicht ein einziger der Organisation angehört. Die Firma bezieht ihre Arbeitskräfte von dem bekannten Fassabkändler in der Langestraße. Dieser Mann annouciert bekanntlich in allen mündlichen Brochüren und vertritt die Stellenlosen goldene Berge. Dann nimmt er ihnen 5-10 Mk. Vermittlungsgeld ab und überläßt sie ihrem Schicksal. Die armen Leute aus der Provinz geben sich, weil ihnen das teure Pflaster Berlins unbekannt ist, mit den geringsten Bitten zufrieden und solche Leute kann die Firma gar nicht gut gebrauchen. Ein Käufer, der dieser Firma schon 25 Jahre treu und fleißig dient, bekommt den Wochenlohn von 21 Mk., dabei darf er die übliche Sonntagskarte noch mit in die fürstlichen Lohn einrechnen. Dafür beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr morgens und endet frühzeitig um 7 1/2 Uhr abends. Es ist wohl eine Willkürpaule von 1 1/2 Stunden vorzulegen, den Knechten ist es aber nur in den allerbesten Fällen möglich, diese auszunutzen, weil sie ständig zur Kundchaft unterwegs sind. Ueberstunden werden auch dann nicht bezahlt, wenn die Arbeit, wie dies in der Saison recht häufig der Fall ist, bis Abends 10 oder 11 Uhr dauert. Die Behandlung der Arbeiter ist ganz dem vorigen entprechend. Der Herr Expedient will ein besonders hochachtbarer Mann sein und deshalb ist er gerne seine wöchentlichen Kenntnisse kuchen. Seine Mitarbeiter reden dieser Mann so an: „Sie alter Mistbauer, Sie Kameel, Sie müßte man ja den Schädel auseinanderhacken, Sie Knodder!“ u. dergl. solche Bezeichnungen mehr sind. Der Mann fühlt sich auch als der alleinige Herr im Werke, denn bei der geringsten Meinungsverschiedenheit mit dem Arbeiter an: „Wenn nicht paßt, der kann ja gehen.“

Alles das ist natürlich nur so la-ge, als sich die Kollegen solche Vorkommnisse ruhig gefallen lassen und nicht geschlossen Front dagegen machen. Kollegen! Hinein in die Organisation, sie wird euch zu Euren Menschenrechten verhelfen.

Frankfurt a. M.

Nicht Achtung kannst du dem, der dich nicht achtet, schenken. Obdu du mußt folglich von dir geringer denken.

Müder. Eine kleine Firma ist die hiesige Manufakturwaren-Handlung von Engelbert Grif, Kaiserstr. 6. Vor ein-

gen Wochen suchte der Inhaber derselben einen Auskäufer im Pader. Wie nun der Chef über unsere Kollegen denkt, besagt folgendes eigenhändige Schreiben, das an den betreffenden Arbeitsnachweis gelangte:

Frankfurt a. M., d. 6. 11. 06.

Falls Sie gelegentlich einen verlässlichen Auskäufer haben, einen intelligenten Mann, der sich zu einem Universal-Geschäftskontingente eignen würde, der absolut zuverlässig, geschäftstüchtig und treu (absolut unerschrocken) ist. Denn es fahren bei mir ständig viele Coupons herum, deren Verschwinden ich wohl konstatieren kann, aber die ich darum doch nicht zurückbekomme. Ein lediger Mann ist mir auch lieber als ein verheirateter, da es Damenlosse sind, die ich führe, und dafür findet ein verheirateter Mann viel leichter Verwendung als ein lediger. Es muß nicht heute oder morgen sein. Wenn Sie eine geeignete Person haben, so bitte ich, mir sie zu schicken.

Hochachtungsvoll

Engelbert Grif.

Einer unserer Kollegen wurde eingefleht und gab bei der Firma auch ein kurzes Gastspiel. Auf diese Art gelangten wir zur Kenntnis der enorm hohen Löhne, welche in diesem Geschäft gezahlt werden. 20 Mk. erhielt unser Kollege pro Woche an Lohn, bei einer Arbeitszeit bis abends 9 Uhr. Um 8 Uhr ist Feierabend, jedoch darf ein Auskäufer sich nicht etwa einbilden, daß er, der den ganzen Tag über am meisten geschuftet hat, nun auch noch Pause geben kann. Wenn der Auskäufer seine Post beordert und die Feierabendstunde längst geschlagen hat, dann gibt es bei Herrn Grif noch verschiedene Gänge zu besorgen, wie es einmal das Geschäft so mit sich bringt und nach Ansicht des Chefs auch nicht anders einzuordnen ist. Wie nun bei einer derartig langen Tagesarbeit, einem Wochensohn von 20 Mk. und den teuren Verhältnissen in Frankfurt a. M. ein erwachsener Mensch sich anrichten muß, um allen Anforderungen gerecht zu werden, das kann wohl jeder begreifen, der selbst als Auskäufer tätig ist. Von dem geringen Verdienst sind ziemlich Ausgaben für Kleidung, Schuhwerk usw. zu bestreiten, denn in den Handelsgeschäften muß der Auskäufer vor allen Dingen stets noch gefeiert sein. Der Herr Chef kümmert sich aber nicht darum, wie der Lohnslave mit seinen paar Pfennigen auskommt, die Prostitution geht über alles. Jedoch muß wohl Herrn Grif doch schon der Bekante gekommen sein, daß es sehr schwer fällt, mit 20 Mk. auszukommen, denn er wittert hinter dem seiner Leute einen Spitzbuben. Vielleicht hat er auch schon in dieser Beziehung trübe Erfahrungen gemacht, aber wenn dieses der Fall, warum bekommt der nächste Kollege sogar nur noch 19 Mk. pro Woche. Letzterer bleibt es auch nur wenige Wochen aus, denn er wollte nicht fortwährend von allen Seiten beobachtet und als Spitzbube angesehen sein. Einige Worte nun an die hiesigen in Handelsgeschäften beschäftigten Arbeiter, denen als jetzt die Organisation noch etwas Fremdes ist. Wollt Ihr Euch auf die Dauer eine derartige Behandlung gefallen lassen? Vor einigen Wochen erlaubte sich der Inhaber der Seidenfirma Gottlieb zu seinem Auskäufer, als dieser krank wurde, die Versicherung: „Ein Auskäufer darf überhaupt nicht krank werden.“ Kollegen! In wie vielen Fällen müßt Ihr Euch ebenso demüthigen lassen. Eine derartige Behandlung spricht aller Menschenwürde. Es wird endlich einmal Zeit, daß auch die Handelsschlichter in Frankfurt a. M. ebenso wie in anderen Städten erkennen lernen, daß man als Mensch bestraft sein muß, sich von einer derartigen unwürdigen Behandlung freilassen. Wie oft wird in Verfammlungen, in Zeitungen darauf hingewiesen, welche Verbesserungen bereits durch die Organisation erzielt worden sind, und wie dadurch der Bekante der Zusammengehörigkeit immer weiter um sich greift. Sorgen nun auch die Frankfurter Kollegen dafür, daß durch eine feste Organisation mit diesen Zuständen ausgeräumt wird.

Ein Gutachten über die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hatte das Kaufmannsgericht zu Halle a. S. abzugeben. Recht zurückgelebene Ansichten der Herren Prinzipale bestanden man da zu hören. Halle wäre noch nicht reich genug, sich den Luxus einer völligen Sonntagsruhe zu erlauben, so daß es selbst wäre, ein solches Verlangen an die Prinzipale zu stellen. Komisch lieferten die Ausführungen eines Prinzipals, der da sagt: „daß die Frauen dann alles Konfektgebäck essen müßten.“ Daß der Geschäftsmann das Sonntagsruhe zurückgebe, und daß sich dann die Geschäfte öffnen lassen müßten, daß das Gebälk gestirbt werde, und ähnliche „Gründe“ wurden vorgebracht. Alle Prinzipale stimmten gegen vollständige Sonntagsruhe, und zwei Geschäfte aus unserer gegnerischen Verbänden waren so verrätherisch und stimmten mit diesen. Einem Antrage, Detailgeschäfte am Sonntagen drei Stunden und Engros-Geschäfte anderthalb Stunden offenhalten zu dürfen, wurde auch von fast allen Prinzipalen zugestimmt. — Ob der Magistrat den Wünschen der Handelsgeschäfte Gehör schenken wird, muß nun abgewartet werden, da sich schon „der allgemeine Willkürverein“ für städtische Interessen“ in einer öffentlichen Versammlung gegen die originelle Resolution einstimmig annahm. Die Versammlung ist sich darin einig, daß die Einführung einer allgemeinen Sonntagsruhe Reichsgesetz werde und fordert von der Reichsregierung baldige Schaffung eines derartigen Gesetzes.

Hamburg. Zum 8 Uhr-Abendklub. Im Februar vorigen Jahres hatten sich über 3000 Hamburger Geschäfte der Gebrauchsgegenstände für den 8 Uhr-Abendklub zusammengefunden und eine Eingabe an den Senat gerichtet, in der ersucht wurde, die amtsliche Bestimmung vorzunehmen. Zum Bedauern der Beteiligten hat aber die mit der weiteren Veranstaltung beauftragte Behörde, nachdem inzwischen fast ein Jahr verflossen ist, die Vorarbeiten bis heute noch nicht fertigstellen können, obwohl ihr dazu vom Komitee zur Herbeiführung des 8 Uhr-Abendklubs reichliches Material an die Hand gegeben wurde.

In Altona ist die Angelegenheit bereits erheblich weiter geblieben. Dort konnte die amtliche Abstimmung im Dezember v. J. stattfinden, und sie hat, wie kürzlich mitgeteilt, nach dem vorläufigen Resultat ergeben, daß sich 730 Ladeninhaber für und 210 gegen den 8 Uhr-Adenstschluß erklärten, also eine überwältigende Mehrheit für den früheren Adenstschluß vorhanden ist.

In Wandsbek haben sich auf den ersten Anlauf gegen Zweidrittel der in Betracht kommenden Ladeninhaber für den 8 Uhr-Adenstschluß ausgesprochen.

Seidberg. Der Kampf um den Achtuhr-Adenstschluß. Die hiesige Zählstelle des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes hatte kürzlich im „Ring“ eine Versammlung veranstaltet mit dem Thema: „Welchen Nutzen haben der Achtuhr-Adenstschluß und die völlige Sonntagsruhe?“ Leider war die Versammlung etwas schwach besucht. Es referierte Genosse Rupp. Derselbe sprach im allgemeinen die Bewegung für Vertiefung der Arbeitsschicht und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es auch den im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeitern und Angestellten gelingen möge, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, daß ihnen mehr freie Zeit zur Erholung und Ruhe werde.

Zu der Diskussion sprachen sodann Vertreter des Deutschnarbeitsvereins und der Handlungsgesellen. Ersterer bemerkte, daß die Bewegung einen guten Stand habe, daß aber gerade unter den kleinen Spezerei- und Fleischhändlern, die aus dem Arbeiterleben hervorgegangen seien, die größten Gegner des Achtuhr-Adenstschlusses zu finden seien. Der Vertreter der Handlungsgesellen meinte, der des völligen Adenstschlusses am Sonntag sei die Forderung noch etwas verfrüht, weil man den Achtuhr-Adenstschluß erreichen, dann könne man auch am den Sonntag gehen. Der Vorsitzende der hiesigen Zählstelle und Leiter der Versammlung, Kollege Schuch, sprach sodann über die einzelnen Ansichten im gegenwärtigen Kampfe und bedauerte sehr lebhaft, daß die Gegner meistens bei den kleinen Händlern zu finden seien. Sehr treffend wurde ferner gesagt: „Wenn die Fleischhändler von der einen Stunde, von 8—9 Uhr reich werden könnten, so müßten sie schon längst im Hütchen sitzen.“ Auch wurde den anwesenden Geschäftsinhabern die Arbeitsvermittlung des Verbandes empfohlen, denn es sei Hauptaufgabe des Verbandes, nur solche und zuverlässige Arbeiter zu empfehlen. Es wird nun Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft Seidbergs sein, den widerstrebenden Geschäftseigenen klar zu machen, daß auch sie einen großen Vorteil von früherem Schließen ihrer Läden haben. Die Bedürfnisse werden deshalb nicht eingeschränkt. Was in anderen Städten möglich ist, muß auch hier möglich sein. Wenn die Warenbesitzer nicht gerne wollen, so wird ein kleiner Druck sie eben dazu zwingen.

Im Anschluß an diese Versammlung wurde im Sammel von Unterschriften eine rege Tätigkeit entfaltet, wodurch auch die nötige Mehrheit erzielt wurde. Mit Beginn dieses Jahres wurde nun der Achtuhr-Adenstschluß eingeführt. Wesentlich rücken diejenigen, die dagegen Einsprüche erhoben haben, nichts aus, so daß den Arbeitsschichten im Handelsgewerbe mehr Ruhe zu teil wird. Den Insuffizienten unter unseren Kollegen möge es klar werden, daß nur durch die Macht der Organisation Wünsche und Unzulänglichkeiten beseitigt werden können. Deshalb hinein in die Organisation.

Kempten. Die Frage, ob Christentum oder Profitselbst macht, hat die Firma Anton Sauter (Inhaber Albrecht), Kablehandlung in Kempten, treffend gelöst. Während der Sommermonate kümmerte sich dieser christliche Arbeitgeber verdammt wenig, was seine Arbeiter für eine politische Gesinnung haben, oder was für einer Organisation dieselben angehören. Als aber die Wintermonate heranrückten und er seine Schakeln infolge flauernden Geschäftsganges nach seiner Ansicht nicht in ihr genügend auswirken konnte, da erwachte das Christentum in diesem braven Mann. Zwei Kollegen, die nahezu vier Jahre ihre Schulbildung getan hatten, wurden weil sie einem „sozialdemokratischen“ Verbande angehören, aus Wasser geworfen. Was aus den beiden und ihren Familien zur harten Winterzeit werden sollte, war diesen Christenmenschen vollkommen gleichgültig. Doch half bei der zweiten Entlassung diesen beiden Arbeitern die Väterhilfe ein: „Du sollst Deinen Vätern lieben wie Dich selbst.“ Und voll menschlicher Mäßigung gestattete er dem Gewarbeitsgeboten, solange bei ihm arbeiten zu dürfen, bis er anderweitig beschäftigt werden könne. Dieses Angebot hätte unter Kollegen auch gerne angenommen, wenn sein Vater Arbeitgeber nicht von ihm verlangt hätte, bedeutend unter dem tariflichen Lohne zu schufteln.

Wenn der Entlassene Verrat an seinen Berufskollegen verübt hätte, so hätte der heilige Profit über das Christentum gesteuert. Billige Arbeiter sind Herrn Albrecht die liebsten, auch wenn sie der christlichen Partei nicht angehören. Mit der Reinkultursticht sieht es in diesem Betriebe nicht am besten aus und möchten wir dem Herrn Albrecht raten, bei seinen Leuten mehr auf Ordnung als auf die Politik zu sehen. Für die Kollegen muß dieser Fall ein Ansporn sein, ihre Organisation so auszubauen, daß solchen Arbeitgebern ernsthaft entgegen getreten werden kann. Die Kemptener Kollegen werden für die Firma Sauter ein wahrgewachtes Auge haben, damit sie im Sommer von Arbeitern nicht überlaufen wird.

Köln-Düsseldorf. Unseren Kollegen bei der Firma Stranden u. Lang, Journalisten, gelang es mit Hilfe der Organisation einen vorläufigen Tarif auf die Dauer von zwei Jahren abzuschließen. Im Hauptgeschäft Köln sind 10, im Zweiggeschäft Düsseldorf fünf Kollegen beschäftigt.

Als vor Jahresfrist die Kollegen in Köln zum ersten Male durch die Organisation Forderungen bei der Firma einreichten, verstand es die Firma, die berufenen Vertreter der Arbeiter, die Organisation, auszuscheiden. Diesmal waren die Organisationsvertreter erwünscht, nachdem der Düsseldorf-Abteilungschef wohl als Vorposten unser Bureau aufgesucht hatte. Die Kollegen in beiden Städten hatten den Arbeitgeber ebenfalls verständ-

igt, daß nur die Organisationsvertreter zu unterhandeln berechtigt wären. Der Tarif ging denn auch glatt durch, ja bei einzelnen Positionen wurden noch Verbesserungen erreicht. Der Mindestlohn für Journeure beträgt 21 Mk. nebst 3 pSt. der Einnahmen garantiert 24 Mk. für die älteren Polen 25 Mk., für Lageristen 26 Mk. Steigerung nach einem Jahre um 1 Mk. pro Mann und Woche. Nur der Ausfallsarbeiter fängt mit 18 Mk. Wochenlohn an, erhält ebenfalls 24 Mk., sobald er im Tourendienst verwendet wird. Die Sonntagsarbeit ist wie folgt geregelt: Der „du jour“ habende Arbeiter stellt sich Sonntags eine Stunde unentgeltlich zur Verfügung. Wird länger gearbeitet oder werden weitere Personen beschäftigt, so wird die Stunde mit 50 Pf. bezahlt. Lohnzahlung erfolgt Freitag. Tarifdauer zwei Jahre bei gegenseitiger schriftlicher Kündigung. Die Hausknechten zur Nachahmung empfohlen.

Die Reaktion trauert. Das Reglementorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Der alte Hausknechtverein hat gestern Abend beschlossen, sich den sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisationen anzuschließen. Gegen diesen Beschluß hatte sich vorher ein Teil der Hausknechte ausgesprochen; es ist also nun gelungen, diesen Teil der Hausknechte entweder für die sozialdemokratische Genossenschaft zu gewinnen oder ihn mundtot zu machen. Man darf nun gewärtig sein, daß sich unter der Führung der Leiter der Transportarbeiter eine Lohn- und Ausfallsbewegung unter den Hausknechten merkbar machen wird.“

Wie können es begreifen, daß es den herrschenden Gewalten nicht besonders lieb ist, wenn auch die Hausknechte endlich zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen und erkennen lernen, wo ihr Feind steht. Eine Ausfallsbewegung würde man nicht zu befechtigen brauchen, wenn nicht die Arbeitsverhältnisse der Hausknechte so sehr notwendig der Aufbesserung bedürftig. Daß man oben aber diese Bewegung fürchtet, kennzeichnet nur, wie wenig man von Geisteswegen geneigt ist, für die Hausknechte etwas zu tun. Und wenn die Reaktion trauert, sticht allemal der Welken der Arbeiterkraft. Ja, ja, die Kummen werden auswendig, möge Wilhelms Organ diese Tatsache noch so sehr bejammern.

Transportarbeiter.

Berlin. Die Stadt der Intelligenz, im Zeichen der gelben Gesellschaft: kaum glaublich, und dennoch ist es wahr. Bis jetzt hatten wir auf gelbgesellschaftlichem Gebiete die bestehenden Organisationen den Farben nach zu unterscheiden zwischen rot, überrot und blau. Von der gelben Farbe blieben wir Transportarbeiter im allgemeinen verschont. Als rot bezeichnete man die Zentralverbände. Und die überroten wollten ja bekanntlich die Sozialisten sein, die ja denn auch hin und wieder ein Lebenszeichen ihres Daseins von sich geben, aber sonst nicht gefährlich sind. Zu den blauen rechnete man die „Nacht-, Spiel- und Unterhaltungsvereinigungen, die sich selbstverständlich auch sehr häufig den Namen Arbeiterorganisationen beilegen. Und zu den gelben bekannten sich der weitaus noch vorhandene Wismar, so z. B. die „Fisch- und Dampfer“, „Christlichen und die sozialistischen Arbeitervereine usw. Doch mit allen diesen Mächten wurde uns hin und wieder doch immer Gelegenheit gegeben, in Versammlungen öffentlich die geistigen Waffen zu kreuzen, um somit zu erfahren, welche Zwecke und Ziele sie verfolgen. Und da alle das Bestreben haben, für ihre Vereinigung zu wirken, so waren sie auch gezwungen, aus ihrer Hilfe herauszutreten. Anders aber verhält es sich mit dem in letzter Zeit von den Metallindustriellen gegründeten schwarzen Hundert. Sie wollen ja beseitigt nicht schwarz sein, sondern belegen sich selbst vornehmlich mit dem Namen gelbe Gesellschaft; ihnen scheint diese Farbe besonders zu gefallen. Sie können um so mehr als das schwarze Hundert betrachtet werden, da sie außerordentlich vorsichtig auftreten und möglichst versuchen, das Tageslicht zu meiden. Es ist sehr schön und bedarf der wunderlichsten Kräfte, um ihrer Habgast zu werden. So hat sich auch in den letzten Monaten in Berlin und den angrenzenden Gebieten Charlottenburg und Spandau in den dort getragenen Werken, der Firma Siemens-Schuckert, sowie Siemens u. Halske geäußert, ein derartiges schwarzes Hundert gebildet. Diese dunklen Schreimänner agitierten nun für ihren Verein in der nächstgelegenen Weise und wendeten, um zu ihrem Ziel zu gelangen, die schlichsten Mittel hierzu an, selbstverständlich alles mit der Zustimmung der Direktion, die ja in diesem Verein ihre Schutztruppe stellt. So treten die Vereinsagitatoren an unsere dort beschäftigten Kollegen einfach heran und erklären: „Hören Sie, so viel wie ich weiß, sind Sie noch nicht Mitglied unseres Vereins. Ich fordere Sie auf, diesem beizutreten und komme morgen wieder, um den Beitritt zu vollziehen und mache Sie gleich darauf aufmerksam, daß, wenn Sie nicht beitreten, Ihre Entlassung bedroht wird.“ Diese und noch andere Mittel werden zur Erlangung ihres Vorhabens angewandt, um unsere Mitglieder zum Uebertritt zu zwingen.

Und daß wir nun mal ein dringendes Bedürfnis haben, mit diesen Hauptbeten uns auszusprechen zu können, wird jeder begreifen. Aber wie mit ihnen zusammenzukommen, das war der wund Punkt, und so mußte eine Falle erfunden werden, um sie anzulocken. Und das alte Sprichwort hat recht, das da sagt, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und so war es hier. Wir beriefen einfach eine Versammlung im Namen der Vereinsbetrauensleute ein, die Freitag den 11. Januar stattfand und hatte auch hierzu das für ihre speziellen Zwecke ausgesuchte Lokal (Gambinushallen) genommen. Der Wirt des Lokals selbst stimmte uns ein, daß eine derartige Versammlung in seinem Lokal noch nie stattgefunden hätte. Vorsichtigerweise hatten wir eine Tagesordnung gewählt, deren Inhalt für die Wirten zugefallen war und lautete: Welche Stellung nehmen die Hilfsarbeiter aus den Siemens u. Schuckert-Werken zu den bevorstehenden Reichstagswahlen? Referent, hatten wir bemerkt, sei ein Kollege aus dem Betriebe. Und da die Versammlung am Abend stattfinden sollte, so wurden die

Sandkettel erst am Morgen des Tages zur Verteilung gebracht. Unter so auf diese Weise arrangiertes Vorgehen verfiel denn auch seinen Zweck nicht. Wir hatten darauf gerechnet, durch die plötzliche Versammlungsbildung den Vorstand der Wirten herauszulocken, was uns zur vollen Befriedigung auch gelungen ist.

Bei Eröffnung der Versammlung, die als solche gut besucht war, konnte mit Benutzung konstatiert werden, daß fünf Vereinsbetrauensleute darunter waren. Der Kollege, der das einleitende Referat übernommen hatte, ging in kurzen, aber sehr verständlichen Ausführungen auf die Ursache der Reichstagsauflösung, sowie die bevorstehenden Wahlen ein und forderte am Schluß zu einer recht regen Beteiligung bei derselben auf.

Als erstes Diskussionsreferat erhielt der Wirt des Lokals, der sich sofort den bestehenden Verhältnissen der Siemens-Schuckert-Werke anwandte und in seinen Ausführungen die Vereinsbetrauensleute aufzuforderte, hier in dieser Versammlung Rede und Antwort zu geben und uns zu erklären, welche Bestrebungen und Grundfälle sie denn eigentlich verfolgten. Nachdem einer unserer Kollegen sich geäußert, verlangte Herr Wirt, beiseite des Vorstandsmitglied der Wirten, das Wort.

Er führte aus: Meine Herren, es ist hier, wie ich höre, von einer gelben Gesellschaft die Rede gewesen. Ich kann Ihnen erklären, die gelbe Gesellschaft ist aus der roten Gesellschaft hervorgegangen, also eine Mißgeburt von der roten Gesellschaft (allgemeines Beifallstößen). Die gelbe Gesellschaft hat sich gebildet, weil sie frei sein will. Bei uns in unserem Verein soll jeder frei sein, nicht die Freiheit soll sein, wie sie in den großen Verbänden, dem Metallarbeiterverband vorhanden ist. In dem, wenn hier oder da unsere Direktion es mal nicht nach der Felle macht, die anderen aufgeführt werden, gleich einzutreten, oder kommt eine Abteilung Arbeiter mit ihren Vorgelegen in Differenzen, dann wird gleich verlangt, daß alle für sie einzutreten hätten. Dieses etwa 20 mal im Jahre stattfindende Herauslaufen aus dem Betriebe wären seine Vereinskollegen. Sie wollten, so führte er weiter aus, den Frieden zwischen Unternehmer und Arbeiter herbeiführen, was ihnen heute schon zum großen Teil gelungen sei und führte mehrere Beispiele an, unter anderem auch folgendes: Man sei Arbeiter der schreibe einen sehr höflichen Brief an die Direktion und bitte um seine Einstellung; aber schon den nächsten Tag, er sei noch nicht warm geworden, da fange er schon an zu ärgern: Da ist ihm der Lohn nicht hoch genug, da sei das Werkzeug zu schlecht, da sei denn dies und jenes nicht in Ordnung, und allen diesem solle durch den Verein entgegengetreten werden usw. usw. Also kurz die Ausführungen eines Schmarbners ärgere. So sind gar nichts gegen die dieses Arbeiterbetriebs. Er sprach und dachte wohl jedenfalls bei sich, nach mir die Einstüt. In scharfer aber sehr sachlichen Ausführungen gingen die darauffolgenden Redner auf seine Ausführungen ein und überlegten seine Ansicht Punkt für Punkt, und wenn er einigermaßen noch Ergeßlich im Rede gehabt hätte, so hätte er sich überzeugen lassen müssen. Selbst Mitglieder der gelben Gesellschaft sprachen sich ganz ernstlich gegen seine Ansicht aus. Von den anderen noch bemerkten Vorstandsmitgliedern meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand, sie hielten sich in Schwiegen. Zum Schluß meldete Herr Wirt, daß denn nochmals und schimpfte darauf, daß nichts zu verstehen war, sprang dann plötzlich vom Podium herunter und eilte unter dem stürmischen Gelächter der Versammlung zum Saale hinaus. So ernst, wie die Sache für uns als Arbeiter ist, so war es für die Versammlungsbesucher ein recht fester Abend. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in der alle Anwesenden sich verpflichteten, am 25. Januar dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben und ferner sich den zentralisierten freien Selbstschaften anzuschließen.

Berlin. Die Rutscher der Firma Tieg, welche Mitglieder unseres Verbandes sind und die Fleischerwagen zum Zentralbierhof an der Randschloß fahrn, hatten bis dato unter äußerst ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden. Neben einer 15—16stündigen Arbeitszeit bekamen sie einen wöchentlichen Lohn von 21 Mk. Daß es unter den heutigen Verhältnissen völlig unzureichend ist, eine Familie auch nur annähernd mit diesen Löhnen zu erhalten, hatten die Rutscher längst eingesehen, aber jeder Versuch, ihre Lage zu verbessern, scheiterte an dem Starrsinn der Arbeitgeberin. Als die Kollegen nunmehr energisch eine Zulage forderten, erklärte die Inhaberin rundweg, daß jeder der Zulage haben will, mit dem Knüttel hinausgetrieben würde. Als aber die Kollegen mit der Arbeitsniederlegung ernst machten und Frau Tieg ein sah, daß hinter den Kulissen die Organisation stand, da war es ihr möglich, eine Zulage von 3 Mk. zu bewilligen. Einen weiteren Vorteil errangen die Kollegen, welche in den Decatur-Anstalten beschäftigt sind. Die in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen sind nur teilweise Mitglieder unseres Verbandes, da die Mehrzahl derselben dem Textilarbeiter-Verband angehören. Immerhin sind die Vorteile, welche durch die Verhandlungen beider Organisationen erzielt wurden, den Verhältnissen entsprechend glänzend zu nennen. Es erhalten die Meister einen Wochenlohn von 40 Mk., Arbeiter und Aufschlager in den Monaten Januar, Februar, März, April, August und September 30 Mk. pro Woche, in den übrigen Monaten, der sogenannten stillen Zeit, 20 Mk., erste Altlieferer 24, und zweite Altlieferer 27 Mk. pro Woche. Rutscher und Hilfsarbeiter ein Anfangsgehalt von 24 Mk., steigend nach drei Monaten um 1 Mk., nach weiteren drei Monaten wiederum 1 Mk., also 26 Mk. Einstimmig hier angeführten Löhne gelten als Mindestlöhne. Weiterenswert ist ferner, daß der Arbeitsnachweis unseres Verbandes bei Bedarf benutzt wird. Als einen weiteren Fortschritt bezeichnen wir es, daß familiäre Differenzen durch eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmer im Weisen der Organisation erledigt werden. Vieles ist noch Verbesserungsbedürftig, aber es war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht möglich mehr zu erringen. Soffentlich lernen die noch nicht organisierten Kollegen endlich, daß bessere Vorteile nur durch eine selbstgegründete Organisation errungen werden können.

Bremerhaven. Es fängt jetzt an Licht zu werden, künden aber wir von den im Fischereibetriebe beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen lagen. Eine am Freitag, den 11. Januar, einberufene Zusammenkunft der in obigem Betriebe Beschäftigten war von einer großen Anzahl, vornehmlich der weiblichen Arbeiter, besucht. Anlaß hierzu gab die Arbeitslosenfrage einiger nicht organisierten Arbeiterinnen in einem Fischgeschäft. Nach der Eröffnung erhielt der Gantleiter das Wort. Derselbe verkündete, daß den in Fischgeschäften Tätigen so recht eine trostlose Lage vor Augen zu führen und forderte die Anwesenden auf, wenn Verrückung eintreten sollte, sich alle der Organisation anzuschließen. In der Diskussion, an welcher rege teilgenommen wurde, beteiligten sich vornehmlich einige junge Arbeiterinnen, welche so recht klarlegten, welchen Drangsalierungen sie von den verschiedenen Seiten ausgesetzt seien, unter anderem wurde ein anwesender Bäckermeister aufgefordert, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen, derselbe zog es aber vor, den Saal zu verlassen. Nachdem sich einige Anwesende bereit erklärten, dem Verbands beizutreten, wurde beschlossen, die nächste Versammlung im Februar an einem Sonntag Nachmittag abzuhalten, weil dann nicht ein großer Teil durch Lebensarbeit abgehalten werde, an der Versammlung teilzunehmen. Darum Kollegen und Kolleginnen, agitiert für einen Massenbesuch der nächsten Versammlung, bedenke jeder, daß nur durch Zusammenhalten aller in der Organisation die vielen Mißstände beseitigt werden können. Darum sei die Parole: hinein in den Verband.

Chemnitz. Am 11. Januar fand eine gut besuchte Versammlung der in der Möbeltransportbranche beschäftigten Kollegen statt. Der Gantleiter referierte über: „Treten wir in diesem Jahre in eine Lohnbewegung ein?“ Die Versammlung faßte folgenden Beschluß: „Die verarmten Möbeltransportarbeiter von Chemnitz erklären, daß die hierorts üblichen Löhne keine zureichenden sind. Sie beauftragen die Verbandsleitung, Schritte zu unternehmen, damit der Lohn in die der Arbeit entsprechende Verhältnis gelangt. Gleichzeitig versprechen die Versammelten, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Kollege dem Verbands beigefügt wird.“

Mit Annahme dieses Beschlusses sind die Kollegen bereits in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Aufstellung der Forderungen wird demnächst durch eine Kommission erfolgen. Neben der Lohnfrage spielt in Chemnitz aber auch die Behandlung eine Hauptrolle. Herr Gustav Klaus's geistige Waffe ist ein Dolchzweizer. Wer sich von seinem „Gebälde“ noch nicht einschüchtern läßt, dem zeigt er dieses Aushängeschild, mit dem schon verschiedene Kollegen Bekanntschaft gemacht haben. Es kann auch garnicht anders kommen, denn trotz aller Wähe haben die Wehrzahl der Klaus'schen Arbeiter den Weg zur Organisation noch nicht gefunden. — Noch heftiger geht es aber bei der Firma Kreßner zu. Kreßner bringt es im „Willen“ entschieden noch über Klaus. Am allerbesten kann das aber Herr Kreßner's bessere Hälfte. Diese anmutige Frau bedient sich Ueberrückde wie: „Für saulen Lumpen“, „Spibuben“, „Tagediebe“ etc. Klingt das nicht schon aus so zartem Munde? Was der „Franz“ nicht kann, das kann das „Fräulein“, eine feine Familie. Ich brauche überhaupt niemand, ich mache meine Arbeit selber, das ist Herr Kreßner's gewöhnliche Rede, aber Franz geht am liebsten der Arbeit im weiten Bogen aus dem Wege. Gewöhnlich findet er sich dann dort, wo das „Denkschriftchen“ 15 Pf. kostet. Freilich läßt sich da sehr gut mit der Arbeit „renommieren“ und auch auf die Arbeiter schimpfen, mehr bringt Franz auch nicht fertig.

Wir sehen schon aus vorstehenden Photographien, daß hier noch vieles im Argen liegt, müssen sich endlich die Kollegen aufraffen und gegen solche Zustände ankämpfen.

Colmar Elz. Lebensgefährliche Zustände herrschen bei der Firma Graf & Späth. Einem Fuhrmann, welcher mit warm gefahrenen Pferden auf dem Güterbahnhof ankam, wurde vom Geschäftsführer sofort entgegengerufen: Sie sind gefahrlos, in acht Tagen können Sie gehen. Als der Fuhrmann erwiderte, er verlange 14 Tage Kündigung, ließ es laut Vertrag gelte die achtstägige Kündigung, er solle machen, daß er vom Platz komme. Als dies nicht schnell genug ging, gab ihm der Geschäftsführer einen Stoß, holte gleichzeitig einen Revolver aus der Tasche, entließere denselben und schrie den Fuhrmann an: Jetzt drei Schritte vom Leibe. Hier können die Kollegen leben, was sie zu gewöhnlichen haben. Wären alle im Verband, könnten wir dem Herrn ein schönes Viehdlein aufspielen, er würde den Revolver nicht mehr auf einen Fuhrmann anlegen, der für einen winzigen Lohn schafften muß, damit der Herr Geschäftsführer sein hohes Gehalt beziehen kann. Leider ist der Einzelne machtlos. Wenn auch der Kollege, welcher dem Verbands ebenfalls nicht angehört, seine 14 Tage Lohn durch Gerichtsbeschluß erhält, die Arbeit ist er los. Kollegen! Erwacht endlich aus dem Schlaf, nur durch einmütiges Zusammenhalten sind solche Zustände zu beseitigen. Trete alle dem Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bei und dergleichen verschwindet mitläuft dem Revolverherben. Die Lohnverhältnisse der Fuhrleute in Colmar sind so schlecht, daß es bald nicht schlechter werden kann. Desgleichen die Behandlung und übermäßige lange Arbeitszeit. Verpfändungen der Prinzipale werden selten gehalten. Nur durch festes Zusammenhalten, nur durch einen starken Verband können dauernd bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen erzwungen werden. Ist genug ist es Euch gesagt worden, keiner kann sagen, er habe nichts vom Verbands gewußt. Seht Euch die Tarifverträge in anderen Städten an und Ihr könnt nicht anders, als durch Vereinigung dasselbe zu erkämpfen. Auskunft! Erreicht der Bevollmächtigte Kollege Schöne, Grillenbräuhaus 1. Die nächste Verbandsversammlung findet Samstag, den 9. Februar, im Thannaderte statt. Alle Kollegen sind hierzu eingeladen.

Düren (Mld.). In unserem herrlichen Städtchen zählen wir weit über ein halbes Hundert Millionäre, einfache, fünf- und zehnfache, ja welche, die sich im Laufe der Jahre noch mehr zusammen, geparkt haben. Nun müßte man annehmen, daß die Transportarbeiter in Düren ebenfalls einmal zum denken angeregt würden, daß sie sich einmal fragen, wie es kommen kann, daß auf der einen Seite Brunt, Genuß, Verschwendungssucht ihre Orgie feiern und auf der anderen Seite Not und Entbehrung bei der Arbeiterschaft fände.

Gäfte sind. Wie gerade diejenigen, die alle Werte schaffen die sich Tag aus Tag ein, Woche für Woche plagen und abmühen, nicht so viel verdienen, um auch nur annähernd menschenwürdig leben zu können. Hat der Arbeiter das Glück gesund zu sein und hat er Beschäftigung, so kann er immer noch, wenn auch kümmerlich sein Leben fristen, stellen sich aber Krankheiten ein, die bei den Transportarbeitern infolge ihrer Arbeit nicht selten sind, stehen den verarmten Erinnern vermehrte Ausgaben gegenüber, so hat er oft Monate zu fröbeln, bis er wieder ins wirtschaftliche Gleichgewicht kommt.

Obwohl Düren ein sehr frommes Städtchen ist, haben unsere Kollegen noch nichts von der strikten Durchführung der Devise: „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst“ a. merkt. Wohl aber können wir von einer großen christlichen Tat eines überglücklichen Unternehmers berichten, der am heiligen Weihnachtstag zwei Verbandskollegen entlassen hat, weil sie sich einmal „verändern“ wollten. Oder wollte der fromme Augenverderber das Weihnachtsgeld oder das Weihnachtsgeld haben? Da eine wäre so unchristlich wie das andere. Was können einen frommen Unternehmer, ob die so auf das Malles anwesenden ihren Kleinen die Weihnachtsgeld vorenthalten müssen.

Unsere Kollegen aber werden die einzig richtige Anwendung aus solchen Vorkommen ziehen, sie werden danach streben, einen Lohn zu erringen, bei dem sie an! Weihnachtsgeldente verzichten können, sie werden sich in größerer Anzahl als bisher der Organisation anschließen, um bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen zu können.

Hienburg. Kollegen, unsere Organisation ist ein gut Stück weitergekommen. Dieses muß uns ein Ansporn sein, immer noch mehr für die gerechte Sache einzutreten. Meger doch die Verhältnisse der Berufs Kollegen gerade hier im Ort sehr im Argen. Ein Musterinstitut zum Beispiel ist die Firma H. Bruhn. Derselbe beschäftigt eine Anzahl Arbeiter bei einem Wochenlohn von 19 M. Die Arbeitszeit erstreckt sich von morgens 5 bis abends 7-8, ja mitunter bis 11 Uhr abends. Sonntags dürfen sie dann noch Landtouren extra machen, natürlich ohne Entschädigung. Was die Kutscher an Lohn zu wenig kriegen, bekommen sie an Grobgeheimen soviel mehr. Da sie davon leben können, entzieht sich unserer Kenntnis. Trotz mehrfacher Aufforderung unsererseits haben sie es bis jetzt nicht für nötig befunden, sich der Organisation anzuschließen. Wir werden aber nicht ruhen, bis auch diese Kollegen soweit aufgeklärt worden sind, daß sie sich ihrer Pflicht bewußt werden.

Darum Kollegen, denkt daran, daß Ihr hier wie überall noch eine Menge Arbeit habt, um die Kollegen der Organisation aufzuführen. Ein jeder muß mindestens einen derselben mit in die Verhandlungen bringen, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Sind wir stark genug, dann können auch wir hier in Hienburg sagen, jetzt wollen wir die belästigende Lebensarbeit beseitigen, die allein durch die Organisation beseitigt werden können. Deshalb hinein in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Geibelberg. Angespornt durch die Errungenschaften ihrer Kollegen in Mannheim haben auch die hiesigen Arbeiter im Möbeltransportgewerbe sich aufgerafft und sich zu einem großen Teil der hiesigen Zunftstelle des Transportarbeiterverbandes angeschlossen. Die Firma Strabert suchte nun sofort ihre Arbeiter von dem Eintritt in diesen Verband abzuhalten und ließ Verbindungen mit dem christlichen Treumel aufknüpfen. Mit den zehn im Betriebe beschäftigten Arbeitern wurde folgender Vertrag abgeschlossen: Jeder Arbeiter erhält im ersten und zweiten Jahre 20 M., im dritten und vierten Jahr 21 M., im fünften und sechsten Jahr 22 M., im siebenten und achten Jahr 23 M. und im neunten und zehnten Jahr 24 M. Wenn er's so lange aushält — 26 M. Auf eigene Kosten soll sich jeder Arbeiter einen Anzug anschaffen, der von der Firma geliefert wird. — Unständliche Arbeiter erhalten 5 M. bis 5,50 M. pro Tag. Das bisher anständige Arbeiter übliche Weihnachtsgeld von 20 M. fällt weg. Mit diesem Tarif glaubt die Firma allen weiteren Lohnforderungen vorbeugen zu haben. Arbeiter, welche sich dem Verbands angeschlossen haben, hat Herr Strabert, der sonst in christlicher Nächstenliebe zu schwimmen pflegt, sofort entlassen. Ungewöhnlich ist auch von genannter Firma ein Eingelands in das hiesige „Tagediebst“ lanciert worden, welches in nur zu deutlicher Weise die Arbeiter im Möbeltransportgewerbe in ein schlechtes Licht zu bringen geeignet ist. In folgendem Erguß läßt sich der Einfander hören:

„Alle Augenblicke kann man lesen, daß „Möbelpader“ mit der Polizei zu tun gehabt haben oder vor den Gerichten zur Aburteilung gelangt sind. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch in den allerwenigsten Fällen um wirkliche Möbelpader, sondern lediglich um Gelegenheitsarbeiter (wieso Geistesleber), die sich ohne jede Berechtigung die Bezeichnung Möbelpader bellegen. Die richtigen Möbelpader sind fast ohne Ausnahme Leute in fester Konstitution, und Einfander dieser Art kann sich nicht erinnern, daß ein solcher Möbelpader hier seit Jahren vor Gericht gestanden ist. Die Einwohnern Geibelbergs müssen beim Lesen der Gerichtsberichte so ordentlich Angst bekommen vor ihren Kindern. Daß aber zu irgend einem Mißtrauen kein Grund ist, dessen können die Bewohner versichert sein, denn soll sie wird einer dieser oft so bestraften, sich unheimlich Möbelpader nennenden Leute zum Verpöden verurteilt.“

Soll in keinem andern Gewerbe als im Möbeltransportgewerbe werden so viele unständige Arbeiter beschäftigt, und gerade die Firma Strabert ist es, welche an den Umzugszeiten außer ihren 8-10 ständigen Arbeitern noch circa 40-50 unständige Arbeiter (ober, wie sich der Einfander im „Tagediebst“ auszudrücken beliebt, „Geistesleber“) einstellen muß, um die Umzüge zu bewältigen. Was die Bestrafung dieser Leute betrifft, so sollte aber doch derjenige, der im Glashaufe sitzt, nicht mit Steinen werfen. Vielen Möbelpadern ist es auch sehr Geheimnis mehr, daß dort, wo man glaubt, keine vorbestrafen Arbeiter oder Möbelpader zu haben, doch solche sind. Doch halten es aber die unständlichen Arbeiter unter ihrer Würde, mit solchen Waffen zu kämpfen; sie über-

lassen es vielmehr denen, die da glauben, im Auftrage ihrer Brüdern sich in „christlichen“ Treumel-Gewerkschaften zu organisieren. Daß diesen „Christlichen“ ihre Räume hier in Geibelberg nicht in den Himmel wachsen, dafür wird die freigeberkschaftlich organisierte Arbeiterchaft schon sorgen.

Uns Furcht vor einer Organisation haben die hiesigen Möbelpadere bereits ihren Arbeitern nahelegen lassen, daß sie bereit seien, eine Lohnbewegung einzutreten zu lassen. Schon dieses Ereignis sollte den Aufständischen zeigen, welchen Wert und Nutzen eine Organisation hat. Deshalb, hinein in die freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei. Mehr denn je ist es notwendig, daß sich der Arbeiter organisiert.

Wer ohne Semmborrichtung fährt, macht sich kraßbar. Ein Fuhrknecht, Jaffer, war auf Grund einer Polizeiverordnung vom 22. Juli 1902 in Strafe genommen worden, weil er eine verabschiedete Straße in Rattobitz ohne Semmborrichtung befahren habe. Jaffer, welcher bei einem auswärtigen Fuhrwerksbesitzer in Stellung sich befand, betonte, er habe seinen Arbeitgeber ohne Erlaubnis aufgefordert, den Wagen mit einer Semmborrichtung zu versehen. Sowohl das Schöffengericht als auch das Landgericht erkannte gegen Jaffer auf Freisprechung; da sein Wagen keine Semmborrichtung gehabt habe, so könne er für das Fehlen der Semmborrichtung nicht verantwortlich gemacht werden. Sollte er sich geweigert, mit dem Wagen ohne Semmborrichtung zu fahren, so wäre er offenbar entlassen worden. Diese Entscheidung schloß die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an und betonte, der Angeklagte hätte sich unter den obwaltenden Umständen weigern müssen, mit dem Wagen zu fahren. Der Straifenat des Kammergerichts hob auch die Freisprechung auf und erkannte gegen den Angeklagten sofort auf eine Geldstrafe in Höhe von 1 M. Das Kammergericht führte u. a. aus, wenn in dem fraglichen Wagen keine Semmborrichtung vorhanden war, so hätte es der Angeklagte gleichwohl müssen, mit einem Wagen ohne Semmborrichtung zu fahren.

Das Unbegreifliche hier ward's Ereignis. Die Herren am Kammergericht haben natürlich nur nach bestem Wissen und Gewissen ihr Urteil ergeben lassen, aber leider recht augenscheinlich ihr Wissen zur tatsächlichen Beurteilung des Falles nicht aus. Wenn die Richter des Kammergerichts wissen würden, daß die dachbaldigen Fuhrunternehmer lieber selbst Kopf und Kragen riskieren, als daß sie 50 Reichspfennige ausgeben, dann würden sie anders geurteilt haben. Es ist leicht gesagt, der Fuhrmann soll die Arbeit verweigern, ja Ihr Herren am trüben Tisch des Kammergerichts, wenn der verfluchte Wagen nicht wäre, und in der Familie des Fuhrmanns nicht ein halbes Dutzend hungriger Mäuler nach Brot schrien. Freilich, über den Hunger aus eigener Erfahrung nicht kenne, der mag vielleicht meinen, daß er kein so schlimmer Gast sei.

An diesem Urteil ist mit Sicherheit zu erkennen, wie wenig soziale Erkenntnis auf den Köpfen der gegenwärtigen Gesellschaft herrscht. Der einzige Schutz des Fuhrmanns ist seine Gewerkschaftsorganisation.

Ludwigsbafen. Die hiesigen Kollegen machen jetzt endlich auf unsere Mannheimer Kollegen haben sie aufmerksam. Wer könnte auch hier noch mit ruhigem Blute zu sehen, wenn man nach der Schmelzstraße Mannheim die Blicke wendet und dabei das Schauspiel erleben muß, daß dort die Kollegen Erfolge auf Erfolge erröten, während in Ludwigsbafen so ziemlich alles beim alten bleibt, bis auf die Lebensmittelpreise, die natürlich hier dieselbe Höhe erreicht haben wie in jeder anderen Stadt. Der Kontrast zwischen den Löhnen der Fuhrleute ist ein ziemlich hoher. Unsere Mannheimer Expeditionsführer arbeiten heute unter arbeitsfestgelegten Löhnen von 25-30 M. pro Woche, während in Ludwigsbafen die Löhne der Expeditionsführer zwischen 18-22 M. differieren. Die Mannheimer Kollegen sind infolgedessen um rund 80 pCt. besser bezahlt wie die Ludwigsbafener, das in den Lebensmittelpreisen und Mieten mindestens gerade so teuer ist wie Mannheim. Die Schuld, warum ihre Entlohnung so rückständig ist, tragen die Ludwigsbafener Kollegen selbst, denn bis jetzt hat das nötige Interesse an der Sache gefehlt. Unsere Versammlungen waren im Laufe des Sommers dermaßen besucht, daß es kaum hingerichtet hätte, ein Quartier zusammenzubringen, aber Stellung zu irgend einem Punkte zu nehmen, war vollständig unmöglich. Drei Versammlungen hintereinander konnten nicht eröffnet werden, weil keine Mitglieder erschienen waren. Den Kollegen waren zum größten Teile die Verhältnisse lieber als die Aufzählung ihrer Lebenslage. Im dritten Quartal war etwas mehr Zug in der Bewegung. Die Versammlungen waren annehmbar besucht. Die Verbandskassier ist erfreulicherweise von 1000 auf 1800 Wochenbeiträge gestiegen. Unsere Bierwirtschaft von der Altknebrauerei, die längere Zeit im Schmelzwinkel verbarren, sie haben sich jetzt auch wieder dem großen Ganzen angeschlossen. Können wir, daß diesmal die Bewegung standhaft und anständige Kollegen ihrer Organisation treu bleiben, dann wird dieselbe auch reichliche Früchte bringen. Da eine Verbesserung in Ludwigsbafen dringend notwendig ist, daran wird auch der Burdighelieber nicht im Zweifel sein. Es bedarf aber noch ziemlich der Ausdauer und einer regen Agitation. Um dies zu bewerkstelligen, muß auch der ehre übertragene Kollege seine Kraft dazu verwenden. Denn gerade daran hat es in den letzten Jahren immer gefehlt. Die Kleinagitation ist und bleibt die beste und wir werden am Schluß des Jahres 1907 ein ganz anderes Resultat aufzuweisen haben, wenn jeder einzelne Kollege sich die notwendigen Eigenschaften zur Grundbedingung macht, nämlich agitieren, um Kollegen zu gewinnen, organisieren, indem er sie der Organisation zuführt, damit er dann durch die Solidarität bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen erringt. Kollegen in Ludwigsbafen, es muß euer Ehrgeiz sein, den Mannheimer Kollegen nicht zurückzusehen. Darum arbeitet in diesem Jahre wie die Teufel, damit im Laufe desselben die Rechnung ausgeglichen werden kann.

Ludwigsbafen. Rasse Zustände herrschen bei der Firma Bertmann & Köhler am hiesigen Ort, die uns zwingen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Arbeitszeit beträgt 16 bis 18 Stunden täglich, dafür erhalten die Beschäftigten einen

Wochenlohn in Höhe von 19–21 Mk. Wenn nun die Firma einen Wagon Wehl erhält, müssen die Kollegen abends nach 6 Uhr die Lösung des Wagens vornehmen, damit von der Tageslohn nicht verloren geht. Das könnte aber sein, daß der hiesige Wochenverdienst die städtische Besoldung, Kasse und Ort sich selbst kaufen müssen. In die in diesem Betrieb tätigen Kollegen richten die dringende Anforderung, sich der Organisation anzuschließen, um auch ihre besseren Hände herbeizuführen.

M.-Gladbach. Bei einem grandiosen Wahlschwindel zur Gewerbetagswahl sind von unseren Genossen die „Christlichen“ ertrippt worden. Um sein Wahlrecht ausüben zu können, muß jeder Wähler einen Legitimationschein ausfüllen, der dann von der Polizei unterschrieben wird. Auf irgend eine Weise gelang es den Christlichen, in den Besitz solcher Unterschriften, aber noch nicht ausgefüllter Formulare zu gelangen, die sie dann nachträglich ausfüllten. Unsere Genossen kamen noch rechtzeitig hinter dieses Schwindelmander und bewirkten die polizeiliche Beschlagnahme der so hergestellten „Legitimationen“.

Wichtige Mandate führten die Schwarzen in früheren Jahren bei den Düsseldorf-Gewerbetagswahlen aus, als dort das Kollektivismus noch bestand. Sie gingen mit den Kollektivistischen von Haus zu Haus, zeigten die Namen der Wähler ein und gelangten so in den Besitz von tausenden von Wahllegitimationen. Als es doch schon vorgekommen, daß der Name des Wahlleiters der freien Gewerkschaften bei dieser „Hausagitation“ auf den Kollektivistischen der Schwarzen aufgeführt wurde, so daß er seine Wahllegitimation im christlichen Paulshaus einfordern mußte.

Man sieht, die Christen nehmen es mit den zehn Geboten Gottes durchaus nicht genau, sie verfahren vielmehr nach dem alten jehusischen Rezept: „Der Dieb heilt die Mittel.“

Neidenbach (Wogl.) Unseren Kollegen müssen wir dringend ans Herz legen, im gegenseitigen Verkehr etwas wachsender zu sein. Es gewinnt fast den Anschein, als ob jetzt hier alles im Vorgehen. Organisierte und Unorganisierte stehen wieder im trüben Wasser. Die Kollegen sollten doch nicht vergessen, daß alle die Kollegen, die nicht mit uns, gegen uns sind, wir müssen ihnen deshalb auch fühlen lassen, was Geistes Kinder sie sind. Mit Worten, die jederzeit bereit sind, uns Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Leute, die ihre eigenen Kollegen verraten, selbst gegen ihre eigenen Interessen handeln, spricht man nicht und braucht sie nicht. Aber von uns will denn wissen, wie lange der Frieden hier noch anhält, alle Anzeichen sprechen eher dafür als dagegen, daß die Freude nicht lange dauern kann. Deshalb ist es Pflicht jedes Einzelnen, für den Ausbau der Organisation zu sorgen und derselben neue Mitglieder zuzuführen. Es ist bezeichnend für unsere Haltung, daß wir bei der letzten Abrechnung 9 Kollegen wegen Rückstand streichen mußten. Wir werden diese in der nächsten Versammlung versehen, damit die Kollegen wissen, wenn sie als Kollegen betrachten können und wenn nicht. Auch der Versammlungsbefuch muß ein besserer werden. Alle vier Wochen einen Abend für die Organisation ist jedenfalls nicht zu viel verlangt.

Hemfisch. Man schreibt uns: Der Eisenbahnbetrieb ist eine staatliche Einrichtung, welche für den Staat eine der ergiebigsten Einnahmequellen ergibt, und ist es deshalb unbegreiflich, daß es innerhalb solcher Betriebes noch Zustände gibt, die jedweden heiligen Verhältnissen spotten; die Ursache ist nur verwerfliche Sparlosigkeit.

Vertrauen war uns einmal dem Abfahrraum vom Bahnhof Hemfisch-Gosten: Der Zutrittsweg ist der schlechteste Miering fast unpassierbar, die Pferde verfallen im Morast. Eine Bedürfnisanstalt ist für die dort beschäftigten Arbeiter nicht vorhanden, dieselben müssen solches an ihrer Arbeitsstelle verrichten; mit welchem Widerwillen die Arbeiter dieses tun, kann man sich gut vorstellen. Des ferneren ist die Eisenbahnverwaltung dazu verpflichtet, auf dem Abfahrraum einen wind- und wettersicheren Aufenthaltssraum aufzustellen, in welchem sie stetig propper Krant- und Waschlagegelegenheit gestellt werden muß. Dieses scheint aber auf dem Kaiser Bahnhof überflüssig zu sein. Sodann liegt es auf der Hand, daß bei der schweren und gefährlichen Arbeit, welche die Bahnarbeiter verrichten müssen, des öfteren Unfälle vorkommen. Jeder Betriebsunternehmer ist heute gehalten, Verbandsstoffe usw. zu führen, die Eisenbahnverwaltung muß sparen!!!, denn auf dem Kaiser Bahnhof kennt man solches nicht. Die Ortsverwaltung der Handels-, Transport- und Verschleißarbeiter hat dieserhalb eine Eingabe an die Verkehrsinspektion überreicht und diese miserablen Zustände gekennzeichnet. Hoffentlich wird bald Abhilfe geschaffen werden.

An die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, Arbeiter, Fuhrleute usw., möchten wir hierdurch nochmals dem Mahnung ergeben lassen: Sinein in die Organisation! Selbst mitarbeiten daran, daß auch für unseren Beruf menschenwürdige Zeiten anbrechen. Gelegenheit dazu wird euch durch die in nächster Zeit stattfindenden Bezirksbesprechungen geboten werden.

Wiesen (Mhd.) Unsere letzte Versammlung hatte nicht den Besuch aufzuweisen, der der Werbearbeit einiger tüchtiger Kollegen am Orte entspricht. Selbst der Vorsitzende hatte sich um nahezu eine Stunde verspätet.

Den Kollegen, welche ständig die Versammlungen schwächen, sei von dieser Stelle aus gesagt, daß es nicht genügt, alle acht Tage den Wochenbeitrag zu entrichten, sondern daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit — das unseren Kollegen noch so sehr ermangelt — nur in den Versammlungen gebildet werden kann, ja die Versammlungen sind die einzigen Bildungsstätten für die Transportarbeiter, denn Zeit um sich selber weiter zu bilden durch Lesen von Zeitungen, Broschüren u. dergleichen wird bei unserer überlangen Arbeitszeit nicht. Die gefährbringend für Leben und Gesundheit die lange Schichtzeit ist, zeigt folgender traurige Fall, der allen Kollegen die Augen für immer öffnen mußte. Der Fuhrmann Josef Berger wird von der Firma W. & M. Steffens-Wiesen, nachdem er den Tag über gearbeitet hatte, abends um 10 Uhr mit einem Möbels-

wagen dreihändig nach Duisburg geschickt. Die Fahrt sollte für den Kollegen eine Todesfahrt sein. In der zweiten Nacht auf dem Meisurweg wurde der Kollege zwischen Bickel und Krefeld von seinem eigenen Gefährt getötet aufgefunden.

Was steht uns dieser Fall? Um seinen großen Lohn, um seine Verteilung der notwendigen Lebensmittel, um etwas zu erhöhen, opfert der Kollege seine Nachtruhe, am Tage will er den Wagen mit entleeren, jedoch er bald 18 Stunden ununterbrochen im „Gefährt“ liegt. Der Geist ist willig, er will es schaffen, er will schließlich über andere den Koford Arbeiter gehen, und dabei verlagert der Körper, ein Stud, ein Stob, und ein Transportarbeiter haucht auf der öden Landstraße, in der Zeit, wo alle Menschen sich der wohlverdienten Ruhe hingeben, sein Leben aus. Sind die Transportarbeiter schuldlos an diesem Fall? Nein! Hätten sie sich, wie ihnen ja so oft zugerufen wurde, zusammengeschlossen, hätten sie einen Lohn, bei welchem sie nicht auf die Ueberstunden angewiesen sind, hätten sie es längst durchgebracht, daß für solche gefährliche Touren zwei Mann gestellt wären, das Unglück hätte vermieden werden können.

Der Fall zeigt aber auch, daß bei den Unternehmern ein Menschleben ein „Nichts“ ist. Ja, wenn der bunteige Gelblich nicht wäre, dann fände man vielleicht auch da noch Menschlichkeit, der Kapitalismus aber kennt keine Mäßigkeit, auf seinem Banner steht: „Mammon“. Darum ihr Vereiner und ihr deutschen Transportarbeiter: Auf zum Kampf gegen die unwürdigen, menschenverachtenden Zustände, Krieg den schamlos ausbeutenden Unternehmern im Transportgewerbe, hinein in den Transportarbeiterverband.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Generalversammlung am 18. Januar. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Kassenbericht vom Monat Dezember:

Einnahme 618,35 Mk.
Ausgabe 280 17 „

Somit Mehreinnahme von 338,18 Mk.

Abrechnung vom 4. Quartal 1906:

Einnahme inkl. Kassenbestand vom 3. Quartal 2296,37 Mk.
Ausgabe im 4. Quartal 1906 448,68 „
An die Hauptkasse gelangt 1018,87 „

Weitab am Schluß 4. Quart. ein Kassenbest. von 838,82 Mk.
Die Neuwahlen bekräftigen, daß Wähler und Kasse in bester Ordnung sind. Der Kassierer wird entlassen. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Menzel. Er führte den Kollegen vor Augen, was unser Verband im verflochtenen Jahre geleistet hat, desgleichen, was unsere Zahlstelle getan hat in Sterbes, Krankheits- und verschiedenen anderen Fällen, da wurde manche Träne geteint durch den Verband. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Mergel wiedergewählt, zweiter Bevollmächtigter August Sahn wiedergewählt, Kassierer Paul Jähnis, Schriftführer Karl Döring.

Als Revisoren wurden die Kollegen Albin Fuhrner, Arthur Knipper, Theodor Fuhrner gewählt.

Als Ausschußmitglieder wurden gewählt die Kollegen Edwin Fiedler, Franz Sahn, Michael Vör und Balch.

Als Gewerkschaftsdelegierter wurde Kollege Mengel, als Stellvertreter August Sahn gewählt.

Zur Verordnungscommission wurden die Kollegen Edwin Nauhsenbach, Emil Vent, Emil Sparbort, Bruno Wirtz und Theodor Fuhrner gewählt.

Dann gab die der Vorsitzende noch der bevorstehenden Reichstagswahl und forderte die Kollegen auf, dafür rege zu arbeiten.

Krefeld. Am 18. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, welche besser besucht sein konnte. Der Kassierer erstattete eingehend Bericht und wurde ihm Entlastung erteilt. Dann erstattete der Bevollmächtigte ausführlich Bericht über das verflochtene Geschäftsjahr. Aus diesem Bericht geht hervor, daß ein Mitarbeiterbestand von durchschnittlich 41 zu verzeichnen war. An Einnahmen wurden 662,90 Mk. erzielt, dazu kommt ein früherer Kassenbestand von 101,02 Mk., macht zusammen 763,92 Mk. Dem steht eine Ausgabe gegenüber von 621,08 Mk., bleibt am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von 142,76 Mk. Weiter haben wir an Mitgliedern nicht zugenommen, sondern stehen noch auf demselben Stande, der Verwaltung trifft keine Schuld, sondern es liegt dies an den Kollegen. Die Vorstandswahl ergab: Wille, Bevollmächtigter, Frau Haus Kassierer, Heinrich Schmidt Schriftführer. Als Revisoren Friedrich Gottschalk und Eilrich Schneider, Kartelldelegierter Verthold Schridel und Ernst Schulze. Sodann trat Schluß der Versammlung ein.

Berlin. Eine sehr gut besuchte Versammlung der Geschäftsführer und Lagerarbeiter aus den launmännischen Betrieben fand am Sonnabend, den 18. Januar, statt. Der Sektionsleiter erstattete Bericht über die Jahresstätigkeit. Es haben im Berichtsjahre 142 Betriebsbesprechungen, 10 Sektionsversammlungen 18 Vertrauensmännerversammlungen, drei Sitzungen der Sektionsleitung mit der Agitationskommission stattgefunden. Gruppenversammlungen haben 32 stattgefunden, und zwar: aus der Droguen- und Farbenbranche, aus der Kolonialbranche 3, aus der Butler- und Käsebranche drei aus der Detailbranche 5, aus der Gassen- und Kullerbranche 3, aus der Karton- Kullerbranche 5, aus der Milchbetriebsfaktischer- und Milchfabrikbranche 9. Neben wies auf die große Zahl der Versammlungen und Sitzungen hin und hob hervor, daß durch die Aufklärungsarbeit unter den Kollegen auch deren wirtschaftliche Verhältnisse im letzten Jahre sich bedeutend verbessert haben. Das zeigen ja die 21 Wohnbewegungen, welche im letzten Jahre stattgefunden und die mit einer Ausnahme große Vorteile für die Kollegen brachten. Denn wenn ein Mehrverdienst von 2–9 Mk. pro Woche und Person erzielt wurde, so kann man dieses Resultat als ein sehr günstiges bezeichnen. Sache der Kollegen müsse es jetzt sein, das hier Errungene festzuhalten und für den weiteren Ausbau der Organisation

zu agieren. Denn daß die Unternehmer mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, die durch Einigkeit errungenen Vorteile rückgängig zu machen, ja sich selbst nicht scheuen, bei passender Gelegenheit ein gegebenes Wort zu brechen, und wenn daselbe an dem selben Zusammenhalt der Kollegen scheitert, dann wird erklärt, man wird zu gegebener Zeit hierfür die Zustimmung geben, beiseite die Vorgänge im Betriebe der Gebr. Weidort. Dort hatten die Kollegen im letzten Jahre Forderungen gestellt, und es gelang ihnen auch, wesentliche Vorteile zu erringen, aber schon nach kurzer Zeit wollte der Inhaber einiges nicht bewilligt haben, trotzdem sämtliche Kollegen dieses behaupten. Als Herr Weidort sah, daß die Arbeiter ein gegebenes Wort ihres Arbeitgeber anders beurteilen wie er selbst, erklärte er, er würde sich bei denjenigen, welche sein gegebenes Wort ernst genommen haben, zu der ihm fallenden Zeit bedanken. Daß man es aber beliebt, diesen Dank gerade dann, als von allen Kassenlängeln das Fest der Liebe gepreßt wurde und die Gloden Friede auf Erden verflühten, auszusprechen, indem man diese einfach auf die Straße setzt, dürfte selbst dem Widesten die Augen öffnen. Uns kann nur recht sein, wenn die Arbeitgeber ihre Pflichten in dieser Weise von sich geben, denn die Arbeiterklasse lernt gerade von dieser Handlungsweise, was sie trotz Fleiß und Mühe, welche sie für den Unternehmer an den Tag legt und ihm so den Mann zu scharrt, als Lohn zu erwarten hat. Daß weder den Kollegen so recht aus dem Herzen gesprochen hat, bewies die Diskussion, denn fast jeder der Diskussionsredner konnte von der Humanität seines Arbeitgebers ein Nischen finden.

In die Sektionsleitung wurden 9 Kollegen gewählt und bürgt uns deren Person dafür, daß die Interessen der Kollegen nach jeder Richtung hin gewahrt werden. Auch die Wahl der Agitationskommission kann als eine sehr günstige bezeichnet werden, so daß wir Hoffnungen auf die Zukunft entgegennehmen können. Nachdem noch einige Redner auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hingewiesen und ganz besonders die Frauen darauf aufmerksam machten, daß es ihre Pflicht sei, ihre Männer in ihrem wirtschaftlichen wie politischen Kampfe zu unterstützen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Die Protokollkommission der Gegner des Anschlusses des Vereins der Hausdiener an den Verband fand ihren Abschied in der am Dienstag, den 15. Januar, tagenden außerordentlichen Generalversammlung des Vereins bei Puggenhausen, Moritzplatz. Der Saal war polizeilich abgesperrt worden, ein Teil hatte vor dem Eingang, während andere Personen schon dringend in den Saal und nahmen nochmals den Bericht über den Protest der Gegner entgegen. Nachdem der Vorsitzende in einer halbständigen Rede nochmals den Versammelten den Sachverhalt geschildert hatte, fand die Abstimmung über den Protest statt. Der Protest wurde gegen 6 Stimmen von den Versammelten abgelehnt. Weiter wurde der Vorstand durch Antrag ermächtigt, alle diejenigen, die Mitglieder der neuen „gelben“ Vereinigung geworden sind, sofort auszuschließen. Unter braulenden Hochrufen auf den Zentralverband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Berndorf. In der am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab zunächst der bisherige Bevollmächtigte Kollege Müller einen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im verflochtenen Jahre. Anknüpfend daran wünschte er, daß die Mitglieder im neuen Jahre sich verdoppeln möge. Die Wahl der Verbandsfunktionäre ergab folgendes Resultat: Ehr. Müller Bevollmächtigter, Koch Kassierer, Schriftführer Kadeke. Zu Revisoren wurden die Kollegen Marzgraf und Monnide bestimmt. Unter Vorsitzendem bewilligte die Versammlung 10 Mk. zu den Reichstagswahlen.

Darmstadt. Am Sonntag, den 13. d. Mts., fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben war, schilderte der Bevollmächtigte unter anderem die traurigen Verhältnisse im Transportgewerbe und die Gleichgültigkeit der Kollegen. Neben führt etwa folgendes aus: Ein Fortschritt im letzten Jahre ist eigentlich nicht zu verzeichnen und sind die Ursachen der schlechten Entwicklung verschiedener Natur. Am meisten trägt die schlechte Verteilung der Kollegen an der Agitation dazu bei. Es sind nur wenige, die ihr eigenes ich zurücklegend, ihre volle Kraft der Organisation widmen, während andere, wohl bei allen Wahlen, wenn sie zu irgend einem Posten vorgeschlagen werden, so sagen, aber wenn es an die Erfüllung ihrer Pflichten geht, dann ist niemand zu haben. Diese Sammelgelegenheiten müssen unbedingt in diesem Jahre unterbleiben, wenn wir unsere Zahlstelle auf die Höhe bringen wollen, wo sie hin gehört. Umfaßt doch das Transportgewerbe die größte Zahl aller Berufe. Weiter darf es nicht vorkommen, daß die Versammlungen so schlecht besucht sind. Die Kollegen meinen wohl, wenn sie ihre Beiträge bezahlt haben und in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen, damit halten sie ihre Pflicht getan und das Weitere hätte der Vorstand zu besorgen. Nachdem neben auf die bevorstehende Reichstagswahl nun nochmals auf die Verteilung des alten Schenkens genügend hingewiesen hatte, erteilte er dem Schriftführer Kollegen Neumann das Wort zum Verlesen des Protokolls von der letzten Generalversammlung. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch und konnte somit der Kassierer Rod den Kassenbericht erstatten, und gab die Jahresabrechnung folgendes Bild:

	Einnahmen:	Ausgaben:
Bestand am 21. 12. 1905	116,74 Mk.	
Im 1. Quartal 1906	204,20 „	191,74 Mk.
„ 2. „ 1906	179,95 „	176,85 „
„ 3. „ 1906	191,30 „	168,60 „
„ 4. „ 1906	210,05 „	213,06 „
Festübersch. im 1. Quart. 05.	20,— „	
Gesamteinnahme 922,24 Mk.		Ausg. 750,25 Mk.
Bilanz:		
Gesamteinnahme	922,24 Mk.	
Gesamtausgabe	750,25 „	
bleibt ein Kassenbestand am 31. 12. 1906	171,99 Mk.	
Vermögensbestand:		
Kassenbestand am 31. Dezember 1906	171,99 Mk.	
Inventarwert	48,33 „	
bleibt ein Vermögensbestand am 31. 12. 1906	220,22 Mk.	

Bei der Erhaltung des Klassenbuchs bemerkte der Kassierer, daß verschiedene Mitglieder, nachdem sie die Unterfertigung in Anbetracht genommen hatten, der Organisation den Rücken gekehrt haben.

Nachdem dieser Punkt erledigt war, wurde zum Punkt „Verschiedenes“ übergegangen und entpand sich unter diesem eine lebhafte Debatte, weil verschiedene Anträge zur Geldgebung eingebracht waren. Alle wurden einstimmig abgelehnt, da sie zu unklar waren, um sie in der nächsten Sitzung zu behandeln. Es wurde daher ein Schiedsgericht gewählt, welches sich mit der Angelegenheit befassen soll.

Weiter wurden auf Kosten einzelner Mitglieder Anträge gestellt, die unannehmbar sind.

Kontrollanten wurden ausgesprochen, insofern die Kasse, ein Vorhanden waren.

Wir rufen ihnen am Schluss des Jahres zu: Kommt in unsere Versammlungen, wo so manches beraten werden kann, und wir werden auch Mittel und Wege finden, um dem Kapitalismus, den Ausbeutern mit genügend Stärke entgegenzutreten zu können.

Der einzige Wahlspruch muß uns gelten:

„Weiches Recht für Alle!“

Hamel. Nachdem die Kollegen von dem Statistiken unserer Jahreshauptversammlung rechtzeitig Kenntnis erhalten, war dieselbe doch recht schwach besucht. Die Abrechnung von unserer Stiftungsfeste wurde verlesen und ergab trotz des schlechten Wetters, ein Defizit von 55 Pf. Die Einnahme vom vierten Quartal 1906 betrug infolge des Klassenbesandes 272,90 Mk., die Ausgaben betragen 35,85 Mk., an die Kasse wurden abgeliefert 110,45 Mk., so daß ein Kassenstand von 126,60 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde hierüber Decharge erteilt.

Als Vorsitzender und Kassierer wurde der Kollege Hölz und als Schriftführer und Kartelldelegierter der Kollege Georg Schneider wiedergewählt.

Weiter wurde beschlossen, am Sonnabend, den 16. März, ein Kassenfest zu arrangieren. Die Vorarbeiten hierzu hat eine Kommission zu erledigen. Nachdem die Kollegen noch auf die Bedeutung des 25. Januar und ihre heilige Pflicht, dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, aufmerksam gemacht worden waren, erfolgte der Schluss der Versammlung mit dem dringenden Wunsch, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht sein möchten und hat hierfür jeder Kollege nach Belieben können zu agieren.

Königsberg i. Pr. In einer öffentlichen Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe, die am Sonntag in Ludwigslust stattfand und die sehr gut besucht war, referierte zunächst Genosse Braun über die bevorstehende Reichstagswahl. Redner wies darauf hin, wie sich die Freikämmerer in ihrer Rolle als Schutztruppe der Regierung und als Bundesräte der Konservativen sehr unbehaglich fühlen und wie sie sich durch hochgehende Wolken über die Möglichkeit ihrer Lage hinwegzusetzen und ihre Wähler über diesen Zustand hinwegzuleiten suchen. Allerdings haben und es wird ihnen liegen die Freikämmerer in ihren Anrufen und Forderungen vor, um sie darüber zu täuschen, wie sehr sie sich den Reaktionen an den Hals geworfen haben, um ihre Anhänger nicht vor den Kopf zu stoßen. Redner wies auf einzelnen die Mächtigkeiten und Väterlichkeit aller der freikämmerer Phantasien, die sich wie ein roter Faden durch alle freikämmerer Flugblätter und Anrufe hindurchziehen, nach, und führt dann aus, daß Herr Gysling, dem alle freikämmerer Parteien zujubeln, ein Wirtschaftskandidat ist, wie er im Grunde selbst, auch wenn die Freikämmerer noch so entrüstet über diese Bezeichnung tun. Jeder lobt Herrn Gysling, so daß man schließlich gar nicht weiß, welches denn eigentlich der Standpunkt dieses Mannes ist. Redner wendet sich dann gegen das Flugblatt der reichstreuen Wähler und weist deren Behauptungen gegen die Sozialdemokratie als Schwindel und Heuchelei nach. Die Leute, die gedacht haben, aus dem Vaterlande auszuwandern, wenn eine Reichseinkommensteuer eingeführt werden soll, die besonders die großen Einkommen und Vermögen belastet, diese Leute haben am allerwenigsten das Recht, der Sozialdemokratie für ihr Verhalten Vaterlandsverrat vorzuwerfen. Selbst die Heuchelei ist es auch, wenn sich die Freikämmerer über unsern Ton entrüsten, während sie unsere Kandidaten in der gemeinsten Weise angegriffen und durch persönliche Verunglimpfungen in der Meinung der Wähler herabzusetzen versucht haben. Wenn die bürgerlichen Parteien Herrn Gysling auf den Geburtstagsstich des Kaisers niederlegen wollen, so halten wir es für unsere Pflicht, dem ganzen arbeitenden Volk eine Freude zu bereiten. (Bravo!) Wenn unsere Gegner danach trachten, daß König, Königreich werden soll, so sei unser Kampfschrei: Königsberg ist sozialdemokratisch und wird und muß auch wieder sozialdemokratisch werden. (Stürmisches Bravo und Handclatschen.)

Hierauf ergriff Genosse Haase das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er führt aus, daß die Arbeiterschaft als unterste Klasse sich nicht allein helfen könne, sondern daß ihre Vertretungen durch die Gesetzgebung unterstützt werden müssen. Das hat aber die Freikämmerer Volkspartei nicht fest abgelehnt. Sie hat es abgelehnt, für den zehnständigen Maximalarbeitslohn, den wir verlangten, einzutreten, sie hat gegen unseren Antrag auf vermehrte Sonntagstrube im Handelsgewerbe gestimmt, kurz, sie hat sich noch nicht als arbeitereindliche Partei gezeigt. Redner weist noch darauf hin, daß der Vorstand des Transportarbeiterverbandes, der den Wahlauftrag der reichstreuen Wähler mit unterzeichnet hat, nichts mit unserm Transportarbeiterverband zu tun hat, und hofft, daß die Mitglieder jenes Verbandes ihrem Vorstande nicht in den Sumpf folgen werden, in den sie der Vorstand führen will. Wenn nach Herrn Hubrich der verlorbene Professor Schöbe gelang hat: „Der Haase muß raus aus dem Reichstag“, so soll jeder Arbeiter seine Ehre darin sehen, daß der Haase im Reichstag bleibt (stürmisches Bravo und Handclatschen), nicht, um dem Haase eine Freude zu bereiten, sondern um der guten Sache willen, die Haase vertritt, um des Kampfes für die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenanständig trägt. (Verhörter Beifall.)

Matheson. Am 13. Januar hielt wir unsere Mitgliederversammlung ab. Dieselbe sollte um 3 Uhr be-

ginnen, um 3/4 Uhr waren leider von 67 Kollegen schon 18 entfallen. Dies ist so ein trauriges Zeichen, denn vor der Reichstagswahl war es jedem seine Kollegen seine Pflicht die Versammlungen zu besuchen. Hier am Orte ist es doch sehr notwendig, durch das Erscheinen aller Kollegen sollte die Verwaltung empfindlicher, an der jeder Kollege seine Pflicht nicht. Außerdem weiß ein jeder Kollege, daß am zweiten Sonntag im Monat Versammlung ist. Also werden die Kollegen gebeten, sich doch mehr für die Organisation zu interessieren, da wir doch nicht zurück, sondern vorwärts streben wollen.

Nitzdorf. In einer am Sonntag, den 18. Januar stattgehabten auf öffentlichen Versammlung der Kollegen in Nitzdorf und Briss, in welcher auch die Frauen zahlreich vertreten waren, referierte Genosse Störmer über den Wahlkampf und die Parteien.

Er charakterisierte treffend die bürgerlichen Parteien und rief die buntfarbigen Parteien des Reichstages zur Verleumdung der Sozialdemokratie ins rechte Licht, dabei unsere Ausbeuter, die Krant- und Scholobrone, nicht vergessend.

Der Referent unterzog das Regierungssystem, die bewußte Sozial-, unsere Kolonialwirtschaft, einer vernichtenden Kritik und beleuchtete die Aera Walons.

In flammenden Worten erluchte der Redner die Kollegen, am Wahltag der Regierung die rechte Antwort zu geben, damit unser Kandidat, Genosse Fritz Zubeil, siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehe, da die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche energisch die Interessen der Redlichen und Unterdrückten vertritt.

Stürmischer Beifall lobte die vortrefflichen Ausführungen. Trotz wiederholter Aufforderungen des Vorsitzenden meldeten sich Gegner nicht zum Wort.

Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am heutigen Tage im Hofe von Tiefel lagende öffentliche Verleumdung der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe und „Arbeitern in Nitzdorf und Briss“, im Sinne des Referats vom Genossen Störmer zu wirken. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß am 25. Januar die Regierung die richtige Antwort erhält.“

In der Diskussion wurde angeregt, den „Vorwärts“ zu abonnieren, die sogenannte parteilose Presse, wie „Morgenpost“, „Deutsches Volk“ usw. müsse aus dem Haushalt verschwinden.

Unter Verschiedenes erluchte der Vorsitzende zunächst die Anwesenden, für unsere späteren Versammlungen eine unermüdete Agitation zu entfalten und weist auf unser Kostümfest hin. Auch hier wäre es erwünscht, daß der Besuch ein guter wird.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet:
Am 15. Dezember 1906 in **Slaski**. Vor. Karl Holz, Leopoldshof, Antonienstraße 4. Kass. Karl Schmidt, Leopoldshof, Neust. 22.

Am 6. Januar 1907 in **Föhring i. Bayern**. Vor. Martin Strümpfer, Ober-Föhring, „Galt. z. Weber“, Kass. Martin Schner, Ober-Föhring, „Galt. z. Weber“. Der diesmaligen Zeitungsgabeung liegt bei der Fragebogen betr. Auffassung des Adressen-Verzeichnisses und Versammlungs-Kalenders. Die Fragen erstrecken sich diesmal auch auf den Namen und die Adresse des Schriftführers sowie eines der Revisor (Obmann).

Der Fragebogen muß bis zum 15. Februar d. J. ausgefüllt in unseren Händen sein; später eingehende Bogen können bei der Auffstellung nicht berücksichtigt werden.

Da das neue Adressen-Verzeichnis anfangs März d. J. erscheint, so nehmen wir Abstand, jetzt die in den einzelnen Verwaltungsstellen neu gewählten Funktionäre im „Courier“ zu veröffentlichen.

Bei jeder Gelegenheit erluchen wir nochmals auf das Dringende, daß mit den Nummern 24 und 26 des „Courier“ für 1906 gelandete Material (Fragebogen über den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltungen im 4. Quart. 06, Fragebogen betr. Auffassung der ad- und zugereisten Mitglieder im 4. Quartal 1906 u. c.) auszufüllen und sofort zu retournieren. Ferner möchte die Abrechnung für das 4. Quartal bisförmlich und ungeschwungen einzuhandeln werden. Letzteres gilt auch für die vorhandenen Aufnahmehelme der bis zum 31. Dezember 1906 eingetretenen Mitglieder.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3. Abs. 7a des Verbands-Statuts in Gölitz das Mitglied Wirtz, Gustav, Opt.-Nr. 20 697.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Weile, Ferdinand, Opt.-Nr. 80 173 in Gölitz. Falls dieses Buch vorgelegt wird, ist es anzufügen und dem Unterzeichneten einzuhandeln.

Das Mitglied Frank, Albert, Opt.-Nr. 25 902, Orts-Nr. 9802 der Verwaltungsstelle Berlin II, ist von Berlin verschwunden, ohne bestimmte Verbindlichkeiten zu regeln. Frank ist Mitglied seit dem 6. März 1906 in Berlin II.

Wir erluchen, falls Frank irgendwo auftaucht, sofort dessen Aufenthaltsort und Adresse nach hier bekannt zu geben.

NB. Da Frank im vergangenen Sommer einige Wochen in Wien gewesen sein soll, so dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß sich derselbe wiederum nach dort gewandt hat und erluchen wir unsere Wiener resp. die österreichischen Bruderorganisationen um eben. gef. Auskunft.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufönden.

Briefkasten.

Mit der nächsten Nummer erfolgt der Versandt des Inhaltsverzeichnis für den Zeitraum 1906 des „Courier“. **Oris, Hamburg.** Für Weibes. **Glogau und Strahburg.** Wir bitten wiederholt, Manuskripte nur auf einer Seite zu beschreiben.

Darmstadt.

Die Versammlungen finden bis auf Weiteres jeden 1. Sonntag im Monat in „Höttingers Brauerei“, Ludwigslust, statt.

Die Wohnung des Bevollmächtigten befindet sich Grafenstraße 27, Kollege Konrad Weill. Des Kassierers: Pantratusstraße 14, Kollege Leonhard Vork. Des Schriftführers: Dornheimerweg 11, Kollege Hans Fröbe.

NB. Alle den Verband betr. Angelegenheiten werden bei dem Bevollmächtigten Konrad Weill erledigt.

Die Legitimationskarten werden in den am 1. Sonntag im Monat stattfindenden Versammlungen ausgegeben bzw. abgestempelt.

Frankfurt a. M.

Hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab Reise-Unterstützungen des Taas in der Zeit von 1-2 Uhr mittags und von 8-9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Oberstraße, ausgezahlt werden. Ebenso alle anderen Unterfertigungen.

Die Ortsverwaltung. J. A.: B. Strahburg.

An die Kollegen in Glogau!

Unsere Versammlungen waren in der letzten Zeit ganz miserabel besucht, dies, obwohl nur alle Monate eine stattfindet. Bei den Kollegen ist bezüglich ihrer Organisationsfähigkeit eine Gleichgültigkeit festergekommen. Die Arbeitsverhältnisse am Orte geben aber wahrlich keine Veranlassung, mit ihnen zufrieden zu sein. In den Fabriksbetrieben muß vom frühen Morgen bis in die späte Nacht tagaus, tagrein gearbeitet werden, und dafür gibt es dann, wenn's hoch kommt, 13-15 Mk. Wochenlohn, bei einer obendrein sehr miserablen Behandlung. Von selbst werden diese Zustände keine Besserung erfahren, und die Herren Unternehmer werden erst recht nichts tun, um Abhilfe zu schaffen, wenn sie nicht selbst der Arbeiter dazu gezwungen werden. Die Kollegen müssen also selbst Hand an Werk legen, müssen bei jeder Gelegenheit und unermüdet für ihre Organisation tätig sein, um mit Hilfe dieser eine Verbesserung ihrer Lage und eine Vertiefung der Arbeitszeit herbeiführen zu können. Alles steht danach, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, unsere Berufscollegen erzielen überall die schönsten Erfolge, nur wir in Glogau haben bisher nichts erreicht, weil die Masse der Kollegen nicht mit aller Kraft für die Organisation gearbeitet hat. Was nützt es, wenn die Mitglieder der Ortsverwaltung ihr Bestes tun, sie allein können es nicht schaffen. Jeder Mann muß mitarbeiten. Also an Kollegen, an die Arbeit, zur nächsten Versammlung hat nicht nur jedes Mitglied selbst zu erscheinen, sondern auch noch einen nichtorganisierten Berufscollegen mitzubringen.

Stolp i. P.

Auch am hiesigen Orte sind die Kollegen aus dem Schlafe erwacht. Eine Verwaltungsstelle unserer Organisation konnte hier neuerrichtet werden. Als Bevollmächtigter fungiert Kollege Friedrich Burandt, Bergstr. 11; Kassierer Kollege Carl Rosbach, Fabrikstr. 5. In der letzten Mitglieder-Versammlung berichtete ein guter Geist für die Organisation; hoffentlich hält dieser an, damit wir eine achtunggebende Stellung gegenüber dem Unternehmertum erhalten.

An die Kollegen in Waldenburg und Umgegend.

Am 27. Januar d. J. findet die diesjährige General-Versammlung im „Deutschen Kaiser“, Altmasser, statt, wozu wir laut Statut die Neuwahl des gesamten Ortsvorstandes vorzunehmen ist.

Kollegen! Das Jahr 1907 wird für uns ein bedeutungsvolles Jahr werden, es wird sich in diesem Jahre entscheiden, ob wir von unseren Unternehmern weitere ausgebaut werden sollen, ob wir vom frühen Morgen bis in die späte Nacht für einen Hungerlohn weiter schuften müssen oder ob mit Hilfe der Organisation nicht doch Abhilfe geschaffen werden kann.

Kollegen! Eure Pflicht ist es daher, am 27. d. Mts. alle in der Versammlung zu erscheinen und Männer des Vertrauens in die Verwaltung zu wählen, welche Euch und eure Interessen auch voll und ganz vertreten können. Es darf auch nicht ein Kollege der Versammlung fern bleiben.

Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Dresden der Kollege Max Paul Bausch,
In Harsenwalde der Kollege Karl Meitz,
In Hamburg der Kollege F. Sand.
In Elm a. M. der Kollege Jakob Guster und
die Kollegin Magdalena Wiennen.
In Königsberg i. Pr. die Kollegen August Wosch,
Ferdinand Richter.
In Magdeburg die Kollegen Friedrich Hartmann,
Wag Sagedorn.
In Nürnberg d. Kollege Schwarzkopf.
In Weidenfeld der Kollege Karl Kowalsky.
Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brilisch, Kummelsburg.
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Louise-Ufer 11.

Dampfmaschine holt nicht nur die Schiffe aus den Tiefen der Erde und verarbeitet sie zu Kohlen, sie verbindet Länder und Meere und vermittelt den Austausch der Produkte aus den verschiedensten Erdteilen. Sie hat fast den Unterchied der Tages- und Jahreszeiten aufgehoben, aber sie hat auch, wie wir im weiteren Verlaufe unseres Vortrages sehen werden, einen Fluch über die Menschheit ausgesprochen, den erst die Zukunft im Segen verwandeln soll.

Der Gedanke, den Wasserdampf in Bewegung umzuwandeln, ist viel älter, als man gewöhnlich denkt.

Schon der Mechaniker und Mathematiker Herr von Morandien, welcher 120 vor Christi Geburt lebte, beschrieb einen mit Dampf betriebenen Apparat. Die erste Kolbenmaschine wurde jedoch erst 1690 unserer Zeitrechnung von Denis Papin gebaut, während der Name James Watt für alle Zeiten in der Geschichte der Technik die erste Stelle einnehmen wird. James Watt hat nämlich in den Jahren 1769-1800 auf die Verbesserungen angedacht, welche die Dampfmaschine zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Durch ihn wurde sie doppelt so stark, d. h. der Dampf trieb nun auch den Kolben zurück, während er vorher durch Gewicht zurückgezogen wurde. Seine Erfindung ist das Parallelgramm, der Kondensator, die Pleustange, Mündel und Schwingrad. Durch ihn wurde die Hin- und Herbewegung der alten Maschine in die drehende Bewegung umgewandelt. Mit Recht hat man daher James Watt als den Erfinder der Dampfmaschine bezeichnet. Er ist aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen. Am 19. Januar 1736 in dem schottischen Städtchen Greenock als Sohn eines Zimmermanns geboren, lernte er zuerst in der Werkstatt seines Vaters. Im Alter von 18 Jahren kam er nach Glasgow zu einem Feinmechaniker in die Lehre, mußte aber wegen Krankheit in seine Heimat zurückkehren. Während er später als Feinmechaniker und Fabrikanten in bedrängten Verhältnissen lebte, wurde ihm die Reparatur eines Modells der Newcomenschen Dampfmaschine übertragen, und diese Arbeit wurde die Veranlassung zu seinen großen Entdeckungen.

Der nächstliegende Gedanke war nun natürlich der, die Dampfmaschine auch zur Fortbewegung von Lasten oder Personen in Anwendung zu bringen.

Spurbahnen waren schon sehr lange bekannt. Die Tempelstraßen der alten Griechen, auf welchen die Priester ihre Opferwagen beförderten, waren sorgfältig in Stein gehauene Spurbahnen. Sie hatten bereits Ausweichgeleise und eine Spurbreite von 1,6 Meter.

Auch die alten Ägypter schafften die Steine zu ihren ungeheuren Bauwerken, den Tempeln und Pyramiden, auf Spurbahnen heran, und es ist nicht unmöglich, daß Moses schon einmal auf der Bahn gefahren ist, vorausgesetzt, daß er überhaupt gelebt hat.

Die heutigen Eisenbahnen aber verdanken ihren Ursprung den Goldbahnen, auf welchen in den Bergwerken mit Häutern verfehene Kisten, die sogenannten „Kunze“, zu Tal rollten, während sie von Pferden tiefer in die Höhe gezogen wurden.

Im Hinblick auf die Benutzung der Dampfkraft stellten sich nun die Fragen, ob man die Maschine am Ende der Bahn aufstellen und die Wagen die ganze Strecke entlangziehen, oder bewegliche Maschinen, eben unsere Lokomotiven anwenden sollte. Bei diesen Überlegungen fiel die Meinung auf der Schiene zu geringlich wahr.

Wieder war es ein einfacher Mann aus dem Volke, der bahnbrechend werden sollte. George Stephenson war am 8. Juni 1781 zu Wigham bei Newcastle in Northumberland als Sohn armer Eltern geboren worden. Seine erste Tätigkeit bestand in der Bedienung der Dampfmaschine, die an der Kohlengrube seiner Heimat gebraucht wurde. Hier zeigte er seine Begabung bereits durch eine Verbesserung des Rumpfbetriebes. Er wurde Aufseher, und baute als solcher im Jahre 1814 für das Kohlenwerk bei Darlington die erste brauchbare Lokomotive.

Aber mit welchen Schwierigkeiten hatte er zu kämpfen!

Er behauptete, er könne eine Lokomotive für eine Geschwindigkeit von 20 englischen Meilen in der Stunde bauen (eine englische Meile beträgt 1523 Meter), und eine bestimmte englische Zeitung erwiderte: „Was kann wohl handgreiflich lächerlicher und abnormer sein, als das Versprechen, eine Lokomotive für die doppelte Geschwindigkeit der Vollständigkeit zu bauen. Ebenso gut könnte man glauben, daß die Einwohner von Woolwich sich auf einer Congreßschen Platte abheben ließen, als daß sie sich einer solchen Maschine anvertrauen würden.“

Der Vorsitzende der Parlamentskommission des englischen Unterhauses fragte Stephenson, ob man eine Dampfmachine bauen könne, die vier englische Meilen in der Stunde zurücklege. Stephenson bejahte dies. Da sagte sich jener ein Herz und tat die verwegene zweite Frage, ob man es vielleicht auch bis zu acht Meilen in der Stunde bringen könne. Stephenson bejahte auch dies, aber in einem Tone, der jede weitere Frage abschüttelt. Da spielte aber ein anderes Mitglied einen noch sichereren Trumpf aus: „Gefahrt eine Ihrer Lokomotiven diese mit einer Geschwindigkeit von 9-10 Meilen die Stunde, und eine Kuh vertritt sich auf das Gleis und tötet die Maschine in den Weg, würde das nicht eine höchst fatale Situation sein?“ — „Ja, höchst fatal — für die Kuh“, war Stephenson's prompter Antwort.

Wenn nun dieser Mann in einer Körperkraft, die ihm wohlgekannt war, auf solche Geisteskräfte stieß, wieviel mehr mußte das bei denjenigen der Fall sein, welche Nachteile von den Dampfkräften der Zukunft zu erwarten hatten. Mündliche Anträge und Prozesse waren nicht die einzigen Unannehmlichkeiten, denn mehrmals sind die mit der Ausrüstung der Bahn betrauten Geometer durch den von Guts- und Omnibusbesitzern ausgehenden Haß mit Steinen und Stöcken von ihrer Arbeit vertrieben worden.

Trotzdem fuhr am 27. September 1825 der erste Versuch von Stockton nach Darlington in England, und als am 15. September 1830 die Linie Manchester-Liverpool mit großen Feierlichkeiten eröffnet wurde, konnte die

Verfeinerung des verarmten Volkes keine Grenzen. Der Verkehr war überwunden, und so schnell es erscheinen mag, die größte Agitation für die Eisenbahn hat der erste Eisenbahnunfall gemacht. Beim Rangieren war einem gewissen Kutschen das Bein abgefahren worden, und Stephenson brachte ihn auf seiner Lokomotive innerhalb 25 Minuten nach dem 15 englische Meilen entfernten Krankenhaus. Diese Leistung entfiel.

Es würde in dem Rahmen eines Vortrages zu weit führen, wollte ich noch auf die weitere Entwicklung der Eisenbahn eingehen. Es dürfte nicht mehr so lange dauern, dann wird an die Stelle des Dampfes überall die Elektrizität getreten sein. Wenn wir aber bedenken, wie schnell die Fahrräder und Automobile sich eingebürgert, so wird es uns klar, daß die Zeit immer näher rückt, da die Tier- und Menschenkraft im Verkehrswesen auf ein ganz geringes Maß beschränkt sein wird.

Während ich nun ganz kurz darauf hinweise, daß am 7. Dezember 1835 die erste Eisenbahn in Deutschland, unsere Ludwigsbahn, zum ersten Male von Nürnberg nach Regensburg, also mit elektrischer, noch einige Worte über die Dampfmaschinen zu reden.

Schon im Jahre 1707 hatte Papin die Fuhra auf einem kleinen Dampfer beladen, aber erst seit dem Jahre 1819, da Robert Fulton's „Savannah“ zum ersten Male den Ocean durchqueren konnte, hatte auch das Weltmeer auf der Dampfmaschinenfahrt zu reben.

Man kann heute in fünf Tagen von Bremerhaven nach New-York fahren mit einem Dampfer, der, hier in Nürnberg aufgestellt, von der Sebalbstraße bis zur Festschleife (110 Meter) reichen würde. Das ist der neue Passagierdampfer erster Klasse „Kaiser Wilhelm der Große“, welcher, vom Norddeutschen Lloyd erbaut, in diesem Jahre seine Fahrt gemacht hat. Diese mit allem Komfort der Neuzeit und raffinierter Eleganz ausgestatteten Schiffe, die fast ohne zu schwanken, die Wege des Meeres durchfahren, beweisen uns die Stärke und Größe des Menschengeistes, und wir dürfen stolz sein, wenn wir den Weg übersehen, den die Menschheit zurückgelegt hat von jener Zeit, da der Urmenich erst das Feuer beherrschte, bis in die Gegenwart, da ein leiser Druck von der Hand des Menschen in ungeheure Massen in Bewegung setzt. Ja, wir dürfen stolz sein, denn aus eigener Vernunft und Kraft hat die Menschheit diese Erfolge errungen, aber wir müssen auch fragen: „Sind diese Fortschritte der Menschheit zum Fluche oder zum Segen? Sind wir dadurch glücklicher geworden oder nicht?“

Diese Fragen wird derjenige, welcher die Verhältnisse oberflächlich betrachtet, ohne Zweifel dahin beantworten, daß der Fortschritt im Verkehrswesen uns zum großen Segen geworden ist. Er wird auf die Beschleunigten hinweisen, mit welchen früher das Reisen verbunden war, er wird zeigen, wie wir heute die Erzeugnisse der fernsten Länder auf jedem Markte für geringes Geld kaufen können, die früher durch die Frucht nicht nur unerschwinglich waren, sondern auch auf der langen Reise häufig verderben.

Dafür werde ich ihm eine kleine, wahre Geschichte erzählen.

Noch ehe James Watt seine moderne Dampfmaschine erfunden hatte, stand in einem Kohlenbergwerke Englands an der alten Newcomenschen Maschine ein Knabe mit Namen G. Potter. Er verrichtete eine höchst langweilige Arbeit und mag sich oft gefragt haben, zu welchen Gefährten und Altersgenossen in Feld und Wald. Er hob sich nämlich der Kolben der Maschine, so hatte der Knabe den Dampfdruck zu schätzen und unmittelbar darauf den Wasserdruck zu öffnen. Sodann schloß er wieder den Wasserdruck und öffnete den Dampfdruck. So ging es auf — zu; auf — zu — Tage lang, Monate, vielleicht Jahre lang. Wie mag Geist und Körper dieses Knaben gestanden haben unter der sich immer gleichbleibenden, niemals abwechselnden Arbeit! Wie mag der arme Junge abends auf sein Lager tommen und abgeplattet niedergefallen sein!

Da kam er auf einen klugen Einfall. Er verband durch Schnüre die beiden Säpne mit der Maschine, so daß sie durch die Dampfkraft selbst geöffnet und geschlossen wurden. Er wurde auf diese Weise der Erfinder des selbsttätigen Regulators, aber er wurde auch in demselben Augenblicke arbeitslos, da seine Erfindung praktisch angewendet wurde.

Das ist der Fluch des Fortschritts, daß jede neue Erfindung Menschenkraft überflüssig macht und ausschaltet und Hunderte dem Hunger preisgibt.

Auf diese Weise hat die Dampfmaschine eine ganz neue Menschenklasse geschaffen, den modernen Arbeiter, der nicht einmal das Werkzeug als Eigentum besitzt, mit dem er arbeitet, und daher ebenso wie der Tagelöhner auf dem Lande in die Sklaverei hinabgefallen ist.

Kürzten Sie sich nicht vor dem Ausbruch Sklavereitilden Sie der Lage hilflos in das Angefall! Der moderne Arbeiter ist ein Sklave, der sich Freiheit und Menschenrechte erst erlangen soll.

Heute werden die meisten Arbeiterkinder schon für die Fabrik erzogen. Sie wissen es also gar nicht mehr anders. Früher war das nicht der Fall. Früher war der Gesell stolz auf sein Handwerkszeug, und er strebte danach sich selbstständig zu machen und ein kleiner Meister zu werden. Heute führen diese kleinen Meister ein sorgenvolles Dasein. Sie genug wissen sie nicht, wo sie des Samstags den Lohn für ihre Leute vernehmen sollen. Ist genug sind sie Hansbretter, während ihnen kein Geld auf dem Dase gebührt, und wenn dann endlich der Kartendruck über sie zusammenbricht, dann suchen sie den Grund für ihr Schicksal am ganz falschen Orte. Sie glauben, der „ausgefridene, begeherte“ Arbeiter trägt die Schuld, während der Fortschritt im Maschinenwesen und die daraus entspringende Anhäufung des Kapitals an wenigen Stellen sie in das Proletariat hinabstürzen. Der kleine Meister in u zu Grunde geben, denn er ist nicht imstande, die Konkurrenz gegen das Großkapital auszuhalten. Das mag ja für manchen sehr

schmerzhaft sein, aber die Entlohnung kümmert sich nicht um unsere Schmerzen oder unsere Tränen.

Ein Beispiel: Ein kleiner Bauer bearbeitet mit einem Anechle und einer Wad sein kleines Ackerfeld. Er selbst wie sein Weib sind sehr fleißig, denn sie wollen das Gütchen halten, das ihre Vorfahren unter so viel Arbeit und Mühe erworben haben.

Im Winter hört man den besessenen Dreiflang des Dreiflanges aus ihrer Scheune, aber der reiche Nachbar, der die Mitternachtsfeier, arbeitet mit Maschinen. Er ist schnell fertig und kann sein Getreide immer im günstigsten Zeitpunkt auf den Markt bringen. Der arme Bauer steht sich der Notwendigkeit gegenüber, ebenfalls wenigstens die billigen Maschinen zu beschaffen. Er muß dazu Geld auf seine Bestimmung aufschreiben; das ist der Anfang vom Ende. Einmal kommt der Tag, da er mit Tränen im Auge den Wandelstab ergreift, um in der Großstadt eine neue Existenz zu suchen, Abchied nehmend von allem, was seinen Vorfahren und ihm selbst lieb gewesen ist. Er wird in Zukunft die große, bestlose Masse um ein Mitglied vermehren.

Daß wir auf diese Weise einer Katastrophe, einer großen Umwälzung aller Verhältnisse entgegengehen müssen, ist für jeden Einseitigen klar, denn auch der dümmste Teufel wird vernünftig, und der vernünftige Sklave empört sich, wenn ihm vor Augen der Wagen knurrt.

Das haben auch die Mächtigen und die Väter der Staaen erkannt. Deshalb haben sie eine Sozialgesetzgebung geschaffen, die die hereinbrechende Gefahr aufhalten soll.

Nun bin ich aber sehr überzeugt, meine verehrten Zuhörer, daß nur sehr wenige hier im Saale sind, die sich morgen früh auf ihr Automobil setzen werden, um in Berlin in irgend einer Weinhandlung zu Abend zu speisen, — trotz aller Sozialgesetzgebung.

Zwar lesen wir in der Zeitung öfter Anzeigen, daß Vergnügungsfahrten nach der Riviera oder nach Ägypten veranstaltet werden, ich bin aber fest davon überzeugt, daß nur sehr wenige hier im Saale sind, die jemals eine solche Vergnügungsfahrt gemacht haben; — trotz der schönen Sozialgesetzgebung.

Sie lächeln, meine verehrten Zuhörer; aber das ist unser Recht, das ist unser unüberwindliches Recht, denn wir sind alle gleich geboren. Das Königskind, das in einem Palaste das Licht der Welt erblickt, ist ebenso aus einer bescheidenen Stube entstanden, wie das Pflanzerskind, das unter dem Heulen des Sturmes in irgend einem Grabschutze den ersten Schrei ergiebt.

Dagegen habe ich jüngst gelesen, daß ein Bürgermeister einen armen Handwerksburschen vor das Dorf in eine Scheune schaffte und dort unkommen ließ. Auch ist es nicht so lange her, daß ein bürgerlicher Bürgermeister vor Gericht stand, weil durch seine Schuld ein Driskamer durch Hunger und Lungenerkrankung zu Grunde gegangen war — trotz unserer vorzüglichen Sozialgesetzgebung.

Öffentliche und Mitglieder-Verammlungen.

Brandenburg. Am Sonnabend, den 29. Dezember, fand unsere Generalversammlung statt, dieselbe war sehr schwach besucht, anwesend waren 35 Kollegen von 118. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Trotzdem wir hier solche miserablen Zustände bei den Fabrikwerksbesitzern haben, halten es die Kollegen doch nicht für der Mühe wert, zu den Moralversammlungen zu erscheinen. Diese Nummer muß aufhören, wenn wir hier in Brandenburg weiter kommen wollen, daß es hier noch viel Arbeit zu tun gibt, wird wohl ein jeder einsehen. Des Abends um 9 Uhr hielt man die Ball- und Kollfischer noch mit ihrem Gelpann auf der Straße, ist es dann Sonnabends Abend oder vielleicht gar Sonntag Morgen, dann bekommen dieselben 15 bis höchstens 20 Mk. ausbezahlt für 80 bis 90 Stunden Arbeit. Darum Kollegen soll es besser werden, dann müßt ihr etwas mehr Interesse für den Verband haben und wenigstens alle vier Wochen zur Versammlung erscheinen, denn ohne Arbeit kein Verdienst.

Bremen. Am 12. Dezember tagte unsere Monatsversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Kollegen das Andenken des verstorbenen Kollegen Albert Slang durch Ergeben von ihren Plätzen.

Dann wurde vom Kollegen Schenckert ein ausführlicher Bericht über die Erbauung eines Gewerkschaftshauses gegeben, worauf einige Kollegen gegen, und einige für die Erbauung desselben sprachen. Auch wurde der Antrag des Kollegen Wiersz angenommen, welcher besagt, bei einer eventuellen Erbauung des Hauses unter Bureau dorthin zu verlegen, weil das sehr zu klein sei.

Dann gab Kollege Tsch den Beschluß des engern Wahlkomitees bekannt, weil einige Kollegen denselben Abend, nach dem Beschluß an die Lesenslichkeit gebracht haben, welches laut Statut nicht zulässig ist. Hierüber entstand eine äußerst hitzige Debatte, worauf die Anwesenden den Vorschlag der Verwaltungskommission für ungültig erklärten.

Sodann wurde die Versammlung wegen der vorgeschrittenen Zeit laut Antrag vom Kollegen Wierzbur vertagt. Fortsetzung der Versammlung am Sonntag, den 16. Dezember 1906.

Bezüglich der Anstellung eines Kassabeamten fand wiederum eine äußerst heftige Debatte statt, worauf Kollege Wiersz den Antrag stellte, es den Ortsvereinsanwaltschaften zu überlassen, um den Personalstand drei Bewerber in Vorschlag zu bringen. Dies wurde angenommen.

Dann schloß Kollege Tsch das Verhalten der Beitzungscommission gegenüber unserer Organisation und unserer Kolleginnen Zeitungsträgerinnen, worauf eine kleine Diskussion stattfand und eine Resolution gefaßt wurde, welche lautet:

Die heute, am Sonntag, den 16. Dezember 1906 tagende Generalversammlung, nimmt mit 14. Bauern Kenntnis von dem Vorgehen der Zeitungskommission und hofft, daß die Kommission dem Gewerkschaften eine Mäße erweisen wird. Die Kollegen unter Verbands hoffen, daß bei jedem nachfolgenden Fall der Organisationsleistung mit Beträgen und nicht zurück zu sein wird, widrigenfalls unsere Kollegen ihre Konsequenzen daraus ziehen werden, denn die Zeitungskommission ist für uns da, und nicht wir für die Kommission.

Dann gab Herr Tsch die 5 Uebertrittsbedingungen, die die Ortsverwaltung 2 uns gestellt hat, der Verbandsleitung bekannt, worauf einige Kollegen für und einige gegen die Bedingungen sprachen, worauf der Beschluß gefaßt wurde, es den Ortsverwaltungen zu überlassen.

Darauf wurde vom Kollegen Weiss der Antrag gestellt, 10 Mk. für den Reichstagswahlfonds zu bewilligen. Dies wurde angenommen.

Auch wurde von den Kollegen Winkler und Hüfing der gleichlautende Antrag gestellt, am Schluß der Versammlung eine Zellerkennung für den Wahlfonds zu veranstalten, was angenommen wurde. Die Sammlung ergab 470 Mark.

Kollege Diehr, Hlbert stellt den Antrag, unser Bureau am Tage der Wahl, also am 25. Januar 1907, zu schließen und dem Beamten das Recht zu geben sich an dem Tage der Wahl im Wahlbureau nützlich zu machen. Auch dies wurde akzeptiert und dann die Versammlung geschlossen.

Gästfr. Untere zum 5. Januar anberaumte Versammlung war von Tage und schriebe 3 Mann besetzt. Dies spricht für eine große Gleichgültigkeit der Kollegen gegen ihre Organisation. Das ist um so bedauerlicher, als die Arbeitsverhältnisse am Orte recht reformeifrig sind. Kollegen, daß darf so nicht weitergehen. Alle ohne Unterschied haben sich an der Verbandarbeit nach den Kräften zu beteiligen. Nur jeden ersten Sonntagabend im Monat findet eine Versammlung statt, und die muß jeder Kollege besuchen. Nicht die Verwaltung allein kann die Organisation hochhalten, da müssen alle Mitglieder fleißig mitarbeiten und zu jeder Gelegenheit für den Verband agieren.

Samm.-Münd. Aufgefordert sind endlich nun auch unsere Berufs Kollegen hier am Orte. Dies zeigte so recht die sehr öffentliche Versammlung, welche am 6. Januar im „Berliner Hof“ lagte. Waren wir zuletzt nur noch gewöhnlich, einige Götter in unseren Versammlungen zu sehen, so nahm die letzte einen geradezu imponierenden Charakter an. Trotzdem wir wegen einer öffentlichen Wählerversammlung unsere Versammlung vom Sonntagabend auf Sonntag verlegen mußten, erwartete doch eine sehr gedrängte Menge von Besuchern und deren Frauen unseren Gauleiter, welcher noch in letzter Minute sein Erscheinen als Referent zugesagt hatte. Unsere tätigen Kollegen hatten aber auch gut vorgebehalten, denn noch immer kommen einzelne, an welche der Klub der Organisation gerichtet wurde, und als endlich unter Referent erscheint, erwacht sich das große Vereinszimmer als ein Heil. Schnell wird mit Hilfe einiger Kollegen der Saal hergeräumt, und bald ist auch dieser zum Wohl in Zell gefüllt. Nunmehr eröffnet der Vorsitzende, Kollege Goldmann, die Versammlung und spricht zunächst seine Freude über den zahlreichen Besuch aus. Sodann erhält unser Gauleiter das Wort zu seinem Vortrage. „Wie können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern? Vor das Thema, welches der Referent in sehr einflussreicher Rede behandelte. Nachdem er zunächst in ausführlicher, von guter Sachkenntnis zeugender Weise das Leben und die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen geschildert hatte, ging er auf die Frage ein, welche Mittel und Wege uns zur Verfügung stehen, um unsere Lage zu verbessern? An der Hand von Tatsachen bewies er, daß wir durch eine möglichst gute und straffe Organisation die Lebenshaltung unserer Kollegen eine bessere werden kann. Nicht von unseren Ausbeutern, den Kapitalisten, nicht vom Staat und dessen Einrichtungen können wir etwas Ersprießliches erwarten, sondern dadurch, daß wir uns zu einer kompakten Masse zusammenschließen, um durch und mit der Organisation selbst menschwürdige Zustände zu schaffen. Weiter beschallte den Redner am Schluß seiner Ausführungen.

In der darauffolgenden Diskussion erklärten sämtliche Redner ihr Einverständnis mit dem vom Referenten gemachten Ausführungen. Einzelne wiesen noch auf die am Orte herrschenden Wohn- und Arbeitsverhältnisse hin; auch wurde die oftmals unbürokratische Behandlung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber freudig kritisiert.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, worin er aufforderte, dafür zu sorgen, daß nun auch die hiesige Zahlstelle stabil bleibt, forderte derselbe die noch anwesenden Kollegen auf, nicht aus dem Saal zu gehen, bevor sie nicht Mitglieder der Organisation geworden sind. Auch an die zahlreich erschienenen Frauen richtete der Redner zum Schluß noch beherzender Worte, für Ausbreitung der Organisation zu sorgen, weil sie es seien, welche am meisten unter den schlechten Löhnen und der langen Arbeitszeit ihrer Männer zu leiden haben.

Nachdem noch der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert hatte, ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten nicht nur mit dem Beifall, sondern auch mit der Tat zu bezeugen und regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation geschlossen.

Samm.-Münd. Endlich scheint es sich in unserer Ortsverwaltung wieder zu regen und neues Leben in die Kollegen zu kommen, nachdem sich die alten ausgegliederten Mitglieder aufs neue aufnehmen ließen, und jetzt mehr Interesse an der Organisation haben, wie vorher. Ein Umstand, der mit Freunden zu begrüßen ist; denn jetzt bekommen auch die anderen Kollegen mehr Lust und Liebe zur Agitation. Am 16. Dezember tagte eine Mitgliederversammlung. Tagesordnung war: Vorstandswahl, Regelung der Beiträge und Verschiedenes. Als 1. Bev. wurde der Kollege Goldmann, als Kassierer der Kollege Weder, als Schriftführer Kollege Abel gewählt. Als Stellvertreter die Kollegen Karl Schmidt, Wörlmeier und Franz Schmidt. Als Kassier-Delegierte wurden die Kollegen Keller, Wölfer und Stittig gewählt. Als Kassier-Delegierten Karl Degener und Knüppel. Versammlungen finden statt

jeden zweiten Sonntagabend, abends 9 Uhr, im Berliner Hof. Unterhaltungen werden ausbezahlt jeden Sonntag Mittags zwischen 11 und 1 Uhr. Kollegen, welche Krankenunterstützung beziehen, haben sich vorher mit dem Stadt. Ortsrentenamt einverstanden. Beim Vollständigen bzw. beim Abschied zu nehmen, um Friseur zu bezahlen. Arbeitslose Kollegen haben sich täglich abends beim Vollständigen bzw. Kassierer, und zwar einmal vor und einmal nachmittags zu melden. In Punkt 2 der Tagesordnung sprach Kollege Weder über Regelung der Beiträge. Es wäre mit Freunden zu begrüßen, daß wir jetzt nur einen Kollegen hätten, der noch rückständig ist. Ein Rückständigbleiben der Wochenbeiträge hat meistens ein Ausscheiden aus dem Verband zur Folge, weil die Kollegen die angekauften Beiträge bei den schlechten Löhnen und Lebensverhältnissen nicht bezahlen können. In Verschiedenes wurde mehrere über Unfall, Agitation und Einigkeit besprochen. Ein Winterübergehen wurde festgestellt und die Kollegen ermahnt, sich daran zu beteiligen; auch die anderen Gewerkschaften hier am Orte, folgte die Kollegen von Kassel und Göttingen wurden zu dem Vergnügen eingeladen. Kollege Goldmann erwähnte die Kollegen zum Schluß noch zur Einigkeit und Treue zum Verband, denn nur mit einer geschlossenen Macht können wir zum Ziele kommen, während aber der einzelne nichts erreichen kann. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß wir in der nächsten Versammlung nicht mehr 40, sondern 50 Mitglieder zählen. Die Zahl haben wir erstreut, denn heute schon überschritten, 54 Kollegen gehörte bereits dem Verband an. Wenn das so weiter geht, dann stehen wir bald auf dem Standpunkt, auf den wir hinwollen, und unser Lohn sollte nicht mehr auch ganz gewiß nicht aus.

Nun noch eins, Kollegen! Schaut nicht die Beiträge, hinein in den Verband, hinein in die Organisation, das soll unser Wahlspruch sein, und dann gilt es, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen; denn niemand kann ein Opfer verlangen, ehe er kein Opfer gebracht hat. Dann wollen wir den Unternehmern unserer schön. Städtischen Wälder doch mal zeigen, daß wir keine willkürliche Ausbeutungsschöpfung mehr sind und wir auch ein Wort mitzureden haben. Nur Mut, Kollegen, dann geht alles gut und nochmal so leicht, und unsere Löhne und Arbeitsverhältnisse werden dann auch bald gebessert werden.

Kiel. Am 9. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Kollegen Wiese, dessen Andenken durch Erheben von den Eltern geehrt wird. Zum Jahresbericht stellt Kollege Martens mit, daß 14 öffentliche und 19 Mitglieder Versammlungen, sowie 165 Sitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1191 männliche und 35 weibliche Mitglieder. Lohnbewegungen haben fünf stattgefunden. Im Bureau waren 478 eingegangene Briefe und Drucksaften, ausgeteilt sind 2064. Einem Briefe des Kassiers, einen brühen Sekretariatskassier anzuweisen wurde zugestimmt. Die Remissionen ergaben Kollegen, Graf als Bevollmächtigter, als Kassierer W. Hlbert, Schriftführer, Frägn, als Kassierer der Kollegen Wendi, Nebenst. Müller und Hen, als Kassierer Wendi, Wendi und Wendi, als Kassier Delegierte Graf und Müller. In die Fahnenkommission wurden gewählt Schulz, Schmitz und Frägn, als Stellvertreter Schulz, Hlbert und Müller. In das Festkomitee die Kollegen J. Diers, Frägn, Müller, Peters und S. S. S. in den Gauvorstand Martensen, S. Diers und Hlbert. Nach Erledigung einiger weniger wichtigen Angelegenheiten war Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Neichenhall t. B. Mitgliederversammlung vom 8. Januar. In der Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen: J. Süsslinger, Bevollmächtigter, Herzog, Georgenstr. 3, 1; täglich zu sprechen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends; Kassierer: Franz Göttinger, Kesselstraße; Schriftführer: Georg Wildmann. In der zweiten Hälfte des Vortrages hat unsere Verwaltung, stelle selbst Mitglieder gewonnen, daß jetzt nur mehr ganz wenig Kollegen am Orte sind, die dem Verband nicht angehören. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Neudorf-Waldsdorf. Quartalversammlung am 6. Januar. Der Gauleiter erledigte sich bei es Vortrages in sechs eintündigen Ausführungen die mit der Aufforderung, am 25. Januar wählen die Transportarbeiter einen Sozialdemokraten. Den Kassierbericht gab der Kassierer wie folgt:

Einnahmen:	
Alter Passenbestand	24 85 Mk.
Für 6 Neuaufnahmen	6 „
211 Wochenbeiträge à 30 Pf.	63 30 „
18 Ortsfondsbeiträge à 25 Pf.	4 50 „
Summa 98 15 Mk.	
Ausgaben:	
Für persönliche Entschädigung	4 43 Mk.
Materialien	0 05 „
Büro	1 40 „
Büro	0 40 „
An die Hauptkasse	52 27 „
Neuer Kassenbestand	39 „
Summa 98 15 Mk.	

worin dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Die nun erfolgten Neuwahlen ergaben nachfolgendes Resultat. Als Bevollmächtigter W. Hlbert, Aufsichtsr. 5, Neudorf, als Kassierer Chr. Suland, Wörlmeier 2, Waldsdorf, und Th. Sidiereau als Schriftführer, während die Kollegen Hlbert und Hlbert als Kassierer gewählt wurden.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nachdem der Gauleiter zur fröhlichen Mitarbeit aller Kollegen aufgefordert hatte erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Stettin. Am 12. Dezember 1906 fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde zunächst das Komitee für den am 26. Januar stattfindenden Maskenball gewählt. Und zwar wurden die Kollegen Günter, Scheffler, Hlbert, Wölfer, Binnow, Friede, Wölfer, Wölfer und Wölfer gewählt. Sodann wurde zu unserer

„Stellungnahme zum Bau eines Gewerkschaftshaus“ übergegangen. Nach einer kurzen Debatte wurde der Beschluß des Gewerkschaftsrates, wonach jedes Gewerkschaftsmitglied bis zum 1. April 1907 1 Mk. zum Bauhaus zu zahlen hat einstimmig angenommen. Nachdem noch im Verschiedenen einige wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung fanden wurde die Versammlung geschlossen.

Verchiedenes.

Verkürzung der Arbeitszeit in England durch die Gewerkschaften. Nach Ermittlungen, die vom „Board of Trade“ (Arbeitsamt) für verschiedene Betriebe in einer großen Zahl von Industriebetrieben angestellt wurden, waren durch Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden wöchentliche Normalarbeitszeiten, sogen. „Standard hours“ festgelegt:

Zahl der Städte, in denen wöchentliche Normalarbeitsstunden bestanden	Höchste Stunden
44-46 46-48 48-50 50-52 52-54 54-56 56-58	zahl
Bauarbeiter	
Maurer 2	25 15 8 29 8 56 1/2
Rümmerteute	11 12 5 11 5 56 1/2
Dachdecker	1 10 7 7 14 5 56 1/2
Stuckateure	1 10 8 7 14 5 56 1/2
Malen	3 12 7 13 8 56 1/2
Maschinenbauarbeiter	
Formen	— — — 19 25 — 54
Gießer	— — — 1 12 9 — 54
Drehbör	— — — 19 23 2 56 1/2
Dampfseffelmacher	1 — — 16 22 — 54
Verfasser	1 1 — — 8 12 1 56 1/2
Ruchdruckereiarbeiter	
Scher	8 21 28 9 — 54
Hilfsarbeiter	— 10 24 9 — —
Möbelarbeiter	
Schreiner	2 8 7 9 1 56
Polierer	— — 9 8 10 1 56
Polierer	1 8 4 9 1 56

Außerdem ist die Arbeitszeit der Schuhmacher in allen Städten, in denen Standardstunden bestanden, auf 54, die aller Angestellten der Eisenbahnen (in England bekanntlich Privatbetriebe) auf 60 Stunden wöchentlich festgelegt. In der Textilindustrie hält die für die Frauen durch Gesetz auf wöchentlich 55 1/2 Stunden beschränkte Arbeitszeit die der Männer automatisch auf denselben niedrigen Niveau.

Wie aus obiger Aufstellung zu ersehen ist, bewegt sich die in den Verträgen festgelegte durchschnittliche Arbeitszeit zwischen 52—54 Stunden pro Woche oder zwischen 8 1/2—9 Stunden täglich. Für einzelne Gewerbe, namentlich die der Bauarbeiter, ist bereits der 8 stündige Normalarbeitsstag ganz oder nahezu ganz erreicht. Uebrigens sind die Standardstunden so zu verstehen, daß Überarbeit über sie hinaus gestattet ist, die dann aber mit Aufschlägen bezahlt werden muß.

Diese durch die Gewerkschaften erzwungenen Verkürzungen der Arbeitszeit wirken unschwerer, als in England die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter bis jetzt noch vollkommen unfruchtbar geblieben ist.

Die deutsche Handelsflotte und ihre Heimathäfen. Auf insgesamt 299 Heimathäfen verteilte sich am 1. Januar d. J. die deutsche Seeschiffslotte. Weltweit die meisten dieser Häfen sind kleine Küstenorte, die ihren Platz in der Flotte der „Heimathäfen deutscher Seeschiffe“ dem Besitze einiger weniger segelbesessenen Fahrzeuge verdanken. Nur 18 Häfen verfügen über eine Flotte, deren Bruttovermögen 10 000 Reg.-Tons übersteigt. Ueber eine Bruttovermögen von 100 000 Reg.-Tons erhoben sich nur drei deutsche Häfen, nämlich Hamburg mit 1074 Seeschiffen von 2 026 500 Reg.-Tons, Bremen mit 540 Seeschiffen von 1 001 500 Reg.-Tons und Flensburg mit 87 Seeschiffen von 104 000 Reg.-Tons. Die Tonnage der in Hamburg heimathabenden Seeschiffe hat sich seit 1. Januar 1899, also seit sieben Jahren, um rund 100 Prozent vergrößert. Nicht ganz so steil ist die Entwicklungskurve der Bremer Reederei in dem erwähnten Zeitraum verlaufen. Sie zeigt eine Zunahme des Seeschiffbestandes um 61 pCt. Flensburgs Tonnage ist in der gleichen Zeit um 45 pCt. gestiegen.

Als zweite Gruppe kommen diejenigen deutschen Häfen in Betracht, deren Seeschiffslotte einen Raumgehalt von 50 000 bis 100 000 Reg.-Tons hat. In diese Rubrik gehören nur zwei Häfen, nämlich Stettin mit 141 Seeschiffen von 95 000 Reg.-Tons und Albed mit 62 Schiffen von 80 500 Reg.-Tons. Ueberraschend ist die Zunahme des Albeder Schiffbestandes, der am 1. Januar 1899 nur 14 500 Reg.-Tons zählte, demnach bis heute die ungewöhnliche Steigerung über 470 pCt. erfahren hat. Stettins Tonnage ist in den sieben letzten Jahren um 78 pCt. gewachsen.

Die dritte Gruppe wird gebildet von den Häfen, deren Tonnage sich zwischen 10 000 und 50 000 Reg.-Tons bewegt. Hier ist die Reihenfolge diese: Bremerhaven mit 40 500, Kiel mit 36 500, Westmünde mit 31 000, Oldenburg mit 25 500, Rostock mit 25 000, Wehrhede mit 24 000, Danzig mit 22 000, Gleserh mit 19 000, Emden mit 17 500, Wismar mit 15 500, Brake und Altona mit 11 000 und Köln mit 10 000 Brutto-Reg.-Tons. Vergleicht man den jetzigen Schiffbestand dieser Häfen mit dem des Jahres 1899, so zeigt sich, daß Oldenburg, Altona, Wismar und Altona eine Zunahme, Bremerhaven, Kiel, Rostock, Danzig, Gleserh, Emden und Brake eine Abnahme ihrer Seeschiffslotte erfahren haben. Die Verringerung des Schiffbestandes ist besonders stark in den Seeschiffen Gleserh, Emden und Brake. Nahezu unverändert ist die Größe der Tonnage von Westmünde und Köln geblieben. Die übrigen 21 deutschen Heimathäfen, deren Tonnage 10 000 Reg.-Tons nicht erreicht, weisen zusammen nur 1781 Schiffe mit einem Raumgehalt von 127 000 Reg.-Tons Brutto auf.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräse, Mummelsburg. Druck: Maurer u. Dimml, Berlin, Roulens-Wer 11.